

# GRAPHISCHE PRESSE

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Westpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 26. Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schanditz, Augustastraße 8 - Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Letzzeitung oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Schutzverbandsagitation. Rundschau. Politische Monatsschau. Unser Mitbestimmungsrecht im Arbeitsbetriebe. III. Tarifvertragspflichten. **Allgemeines:** Von der Moralstrategie des Schutzverbandes. Die Frauenfrage im Kunstgewerbe. Gautag in Köln a. Rh. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lithographenbundes. — **Der Lithograph:** Verbandstag der deutschen Kunstgewerbezeichner. Aus den Sektionen: Berlin. — **Der Steindrucker:** Vorsicht beim Stellungswechsel. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Hamburg. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Braunschweig. — **Feuilleton:** Erwache und kämpfe. Die Bayrische Gewerbechau 1912 in München. Vom Bücherfisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.**  
In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten ist nachzutragen die Firma  
*Hellriegel & Semmer-Berlin.*  
Berlin, den 26. April 1912.

## Zur Abrechnung vom III. Quartal 1911.

In der in Nummer 16 der *Graphischen Presse* veröffentlichten Quartalsabrechnung hat sich ein Druckfehler eingeschlichen und zwar auf Seite 142. Es muß bei der Tabelle nach den Mitgliedschaften bei Umzugskosten durch die Hauptkasse heißen **184 Mark** und nicht nur 84 Mark. Die Gesamtausgabe für Umzugskosten ist demnach richtig 4984,79 Mark. *Wilhelm Brall*, Hauptkassierer.

## Schutzverbands-Agitation.

Die Beendigung des Kampfes im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe hat die Ruhe und den Frieden im Gewerbe bringen sollen. Die notwendige Vorbedingung für die Beruhigung der Gemüter wäre die gewissenhafte Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen durch beide Vereinbarungskontrahenten und die sorgfältige Vermeidung aller Handlungen gewesen, die zu einer neuen Verschärfung des Verhältnisses zwischen beiden Parteien beitragen könnten. Der Schutzverband scheint anderer Meinung zu sein. Durch eklatante Vereinbarungsbrüche, durch die unglaublichen Auslegungskünste und durch die frivolste Brücklerung und Revokierung des anderen Vereinbarungskontrahenten legt er es direkt darauf an, den kaum abgeschlossenen Frieden fortwährend von neuem zu gefährden und das Gewerbe, das nach dem eigenen Eingeständnis der Schutzverbandsvertreter der Ruhe dringend bedarf, wenn es gegenüber dem Auslande und gegenüber den verwandten Reproduktionsverfahren im Inlande konkurrenzfähig bleiben soll, nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Das lehrt neben den erwähnten Auslegungskünsten und Brüchen der Vereinbarungen die Tarifkomödie des Schutzverbandes und vor allen Dingen die von gewissen Schutzverbändlern mit stillschweiger oder offener Billigung der Schutzverbandsleitung betriebene maßlose Hetze gegen die Mitglieder unserer Organisation. Welcher Mittel man sich dazu bedient, wurde erst wieder in Nr. 15 unseres Blattes in dem Artikel »Sparkassen der Unternehmer« eingehend nachgewiesen. Man scheut vor nichts zurück, um die Gehilfen ihres wirksamsten Schutzes, ihrer gewerkschaftlichen Organisation, zu berauben

und ihnen ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht um das Linsengerüt fragwürdiger Sparkassengründungen oder terroristischer Pressung in gelbe Arbeitervereine abzukaufen. Trotz ihrer ausdrücklichen Erklärung beim Friedensschluß, daß alle organisationsfeindlichen Handlungen unbedingt zu verurteilen sind, sieht die Schutzverbandsleitung dem frivolen Treiben gewisser Schutzverbänder, das ein Hohn auf jene Erklärung und auf die gesamten Vereinbarungen ist, ruhig zu, ohne den Versuch zu machen, ihrer Erklärung Geltung zu verschaffen.

Und während sich die Schutzverbandsleitung durch dieses unglaubliche Verhalten gegenüber dem andern Vereinbarungskontrahenten zum Mitschuldigen an der Hetze gegen die Vereinigung der Arbeiter macht, ruft sie selbst die Unternehmer zum Zusammenschluß auf, wie der folgende von ihr versandte Werbebrief zeigt:

»Zu unserm lebhaften Bedauern hatten wir noch nicht die Freude, Sie als Mitglied des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer begrüßen zu können. Der in seinen einzelnen Stadien Ihnen zweifellos bekannte Kampf ist mit einem großen Erfolge für den Schutzverband beendet worden. Die Wirkung des Kampfes wird sein, daß die dem Schutzverband angehörenden Mitglieder auf Jahre hinaus Ruhe haben und gegen die Angriffe der gewerkschaftlichen Taktik geschützt sein werden. Dagegen ist es zweifellos, daß die dem Schutzverband nicht angehörenden Firmen schon in der allernächsten Zeit den gewerkschaftlichen Angriffen ausgesetzt sein werden und bei diesem fortgesetzten Kleinkrieg keinen Anhalt an eine geschlossene Arbeitgeberorganisation, wie sie der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer darstellt, finden können.

Wenn sie sich entschließen könnten, dem Schutzverband beizutreten, würden Sie gegen die in nächster Zeit bevorstehenden gewerkschaftlichen Angriffe gesichert sein und die Vorteile der zum Abschluß der Bewegung getroffenen Vereinbarungen ohne weiteres und ohne jede Differenz erhalten. Denn diese Vereinbarungen treten für jedes dem Schutzverband neu beitretende Mitglied ganz von selbst in Kraft. Ein Exemplar dieser Vereinbarungen sowie eine Zusammenstellung von Stimmen der Presse über das Resultat der Bewegung geht Ihnen mit gleicher Post per Drucksache zu. Eine ganze Reihe von Firmen, die sich dem Schutzverband nicht angeschlossen haben, sind der von der Arbeiterorganisation befolgten Taktik des Einzelkampfes unterlegen. Die Taktik des Einzelangriffs ist, durch unsere Vereinbarungen, insbesondere durch die Festsetzung des Instanzenzuges (§ 12 der Vereinbarungen) beseitigt. Als Mitglied des Schutzverbandes haben Sie Anspruch auf vollen Schutz bei allen Angriffen. Der Schutzverband hat eine ganze Reihe überaus wichtiger Einrichtungen für seine Mitglieder geschaffen, so die Einrichtung des Lohnkatalogs und eine einheitliche Lohnstatistik, dazu kommt die Rechtsberatung in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Angelegenheiten etc.

Zu jeder weiteren Auskunft sind wir gern bereit, ebenso ist der Unterzeichnete gerne bereit zu einer persönlichen Rücksprache.

Wir würden uns außerordentlich freuen, Sie in Bälde als Mitglied des Schutzverbandes begrüßen zu können. Falls Sie irgendwelche Bedenken in der einen oder anderen Richtung haben, bitten wir uns diese rückhaltlos mitzuteilen. Auf alle Fälle bitten wir ergebenst um eine Rückäußerung.

Hochachtungsvoll

*Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer.*  
Der Vorstand. *Dr. Wagner*, Generalsekretär.

Aus dem Agitationsdreiben, das einer großen Zahl der dem Schutzverbände fernstehenden Steindruckereibesitzer zugesandt

worden ist, fällt vor allen Dingen die Bemerkung in die Augen, daß der letzte große Kampf »mit einem großen Erfolge für den Schutzverband beendet worden« sei. Das paßt zwar schlecht zu dem offenen Eingeständnis des Schutzverbandsvorsitzenden Wundsch an letzten Tage der Abschlußverhandlungen, wonach jeder Teil den Kampf bis zum äußersten durchgekämpft und kein Teil weder einen Sieg errungen noch eine Niederlage davongetragen habe. Er bemerkte ausdrücklich, daß es in dem Kampfe weder Sieger noch Besiegte gab. Die Wendung in dem Werbeschreiben bildet aber eine treffliche Illustration zu dem weiteren Eingeständnis führender Schutzverbänder, wonach das Gewerbe durch den großen und langen Kampf an den Rand des Ruins getrieben worden ist. An der großen Ausdehnung des Kampfes war aber die Aussperungsmaßnahme und an der langen Dauer die Verschiebungstaktik des Schutzverbandes schuld; er ist also allein verantwortlich für die von seinen Führern selbst eingestandene gewesenschädigende und verheerende Wirkung. Diesen »Erfolge« darf der Schutzverband tatsächlich voll und ganz für sich in Anspruch nehmen. Ob er damit aber auf die ihm fernstehenden Unternehmer werbende Kraft auszuüben vermag, wagen wir zu bezweifeln.

Die Mehrzahl dieser Unternehmer wird gerade aus dem Umstände, daß sie ungestört produzieren konnten, als die Schutzverbandsleitung durch ihre Gewalttaktik ihre Mitglieder an den Rand des Ruins brachte und teilweise sogar dem völligen Zusammenbruch in die Arme trieb, die Lehre gezogen haben, daß sie auf dem Wege der friedlichen Verständigung mit der Gehilfenschaft vor derartigen Schädigungen dauernd bewahrt bleiben können. Das Schicksal der Schutzverbandsmitglieder, das durch ihre Leitung über sie heraufbeschworen wurde, wird den Nichtschutzverbandsfirmen eine Warnung und eine Lehre gewesen sein. Und durch die Tarifkomödie des Schutzverbandes wurde diese Warnung und Lehre des Kampfes noch besonders nachdrücklich unterstrichen, da alle Welt daraus ersehen hat, daß der Schutzverband auch in Zukunft das Gewerbe neuen schweren Erschütterungen aussetzen und den Weg friedlicher Verständigung nicht beschreiten will.

Im Gegensatz zu dem friedlenstörnden Schutzverbände, dessen Gründer schon im Frühjahr 1906 die Tarifverhandlungen in einem für das Gewerbe schädlichen Sinne beeinflussen und dadurch die Einigung zwischen Prinzipalen und Gehilfen hintertrieben, dessen Leitung ferner die Aussperung im Sommer 1906 vom Zaune brach und durch ihre strikte Ablehnung der berechtigten Gehilfenforderungen den Ausbruch des letzten Kampfes sowie seine große Ausdehnung und lange Dauer verschuldete, und dessen Macher endlich auch jetzt wieder von ihnen selbst angeregten Tarifabschluß hintertreiben — im Gegensatz zu diesem »Schutz«verbände hat die Gehilfenorganisation stets auf dem Standpunkt friedlicher Verständigung gestanden. Das beweisen die

Zentraltarife für Chemigraphen, Kupferdrucker, Lichtdrucker, Formstecher und die vielen Orts- oder Betriebstarife, die für Lithographen und Steindrucker mit zahlreichen Nichtschutzverbandsfirmen abgeschlossen worden sind; letztere werden diesen Schritt jedenfalls noch nicht bedauern haben. Das Gleiche werden die Firmen, die sich durch den Anschluß an den Schutzverband auf Gnade und Ungnade in alle schutzverbändlerischen Abenteuer treiben ließen, schwerlich von sich behaupten können.

Der Weg der friedlichen Verständigung wird vom Uchillenverbande wie bisher so auch in Zukunft beschritten werden. Der »Erfolg« des Schutzverbandes bestand neben den das Gewerbe ruinierenden Wirkungen seiner Maßnahmen u. a. auch darin, daß er die Arbeitszeit für Steindrucker verkürzte, die Mindestlöhne für Ausgelernte wesentlich erhöhte und die Lehrlingskala revidieren mußte. Wir sind weit davon entfernt, diese »Erfolge« des Schutzverbandes als einen befriedigenden Erfolg des Kampfes für unsere Organisation zu bezeichnen. Aber sie bieten die Grundlage für eine friedliche Verständigung mit allen Nichtschutzverbandsfirmen! Letztere können also diese »Vorteile« der zum Abschluß der Bewegung getroffenen Vereinbarungen, die innen der Werbetriebe des Schutzverbandsagitatoren beim Anschluß an den Schutzverband in Aussicht stellt, »ohne weitere« und ohne jede Differenz erhalten, auch wenn sie sich dem Schutzverbande nicht anschließen und dadurch allen mit dem Anschluß verbundenen Schädigungen aus dem Wege gehen. Das wird man wohl dem Werbeapostel des Schutzverbandes auch zu verstehen geben, wenn er per. öntlich zur Hausagitation in diesen Firmen er-deint.

Daß der Schutzverband durch seinen besoldeten Agitator die Werbetrommel rühren ließ, ist natürlich sein gutes Recht, das ihm kein Mensch bestreiten wird. Aber man sollte mindestens von einer Vereinigung, die die ihr noch Fernstehenden in dieser zwar wenig geschickten und zugkräftigen, aber um so aufdringlicheren Weise um die Wahrnehmung ihres Koalitionsrechtes anbettelt, erwarten, daß sie der Ausübung desselben Rechtes auch bei anderen nichts in den Weg legen werde. Der Schutzverband handelt anders. Er ruft wohl die wirtschaftlich unabhängigen Unternehmer zum Zusammenschluß auf, möchte aber die Arbeiter, die ihre Interessen nur vereint in starken Verbänden wahrzunehmen vermögen, aus diesen ihren Organisationen zwingen, wobei in der skrupellosen Weise die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmertum als Pressionsmittel ausgenutzt wird. Der Zweck dieses zwiespältigen Verhaltens ist klar erkennbar: Der einzelne unorganisierte Arbeiter, der schon dem einzelnen Unternehmer wehrlos gegenübersteht, soll dem vereinigten Unternehmertum ganz und gar auf Gnade oder Ungnade preisgegeben werden! Die Folgen für die Arbeiter würden sich daraus von selbst ergeben: Steigerung der Unterdrückung, Steigerung der Ausbeutung, Druck auf die gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen; und wenn die Arbeiter infolge dieser schrankenlosen Ausbeutung vor der Zeit zermürbt und aufgerieben sind, würden sie natürlich schutzlos ihrem Schicksal preisgegeben sein. Aus der Erkenntnis des Zweckes der schutzverbändlerischen Maßnahmen und ihrer Folgen wird die Gehilfenschaft ihre Nutzenwendungen ziehen müssen, wenn sie ihnen wirksam begegnen will.

## Rundschau.

**Die Königliche Akademie für graphische Künste in Leipzig und die Arbeiterbewegung**  
Am schwarzen Brett der Akademie ist heute noch der vom 17. Oktober 1911 datierte und an die Direktion der Akademie gerichtete Brief angeschlagen: »Auf Veranlassung meines Schwagers, Herrn Eberhard Schreiber, welcher vor einigen Jahren einige Semester an der hiesigen Kgl. Akademie studierte, frage ich an, ob Sie momentan einen jungen Herrn zu empfehlen hätten, welcher sich im Steindruck, sei es Umdruck oder an der Maschine, weiter ausbilden möchte, resp. die Praxis besser

zu erlernen wünscht. Es wäre jetzt gute Gelegenheit, einen solchen Herrn zu plazieren, da infolge einer Arbeiterbewegung verschiedene Posten frei geworden sind. Ihrer geneigten Antwort mit Vergnügen entgegensehend zeichne ich hochachtungsvoll Adolf Forker.« Wir sind der Meinung, daß es nicht Sache eines aus allgemeinen Mitteln des Staates erhaltenen Insituts sein kann, zur Anwerbung von Arbeitswilligen die Hand zu bieten. Gegen solches Tun protestieren wir ganz entschieden. Nicht genug, daß Schüler der Akademie immer mehr als Konkurrenten gegen die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter auftreten und sich mitunter erbötig machen, Arbeiten umsonst auszuführen, nur um bekannt zu werden, wird durch den Anschlag der Versuch unterstützt, aus einer staatlichen Anstalt Arbeitswillige zu werben. Das müßten die Akademiker als Herabwürdigung empfinden. Der Direktion oder derjenigen Stelle, die den Anschlag bewirkte, mußte bekannt sein, denn es steht in dem Briefe, daß die Firma Forker von dem umfangreichen Auslande der Steindrucker betroffen war.

**Der Unterstützungsverein Senefelder in Frankfurt a. M.** veröffentlichte kürzlich seinen Bericht über das III. Quartal 1911. Darnach stieg seine Mitgliederzahl von 1316 auf 1340, also um ganze 24 Mann. Bemerkenswert ist, daß von allen 107 ausgeschiedenen Mitgliedern 93 freiwillig ausgetreten sind; das ist angesichts der Kleinheit des Vereindens eine außerordentlich große Zahl. Die meisten der freiwillig Ausgetretenen dürften zu einer besseren Einsicht gelangt sein und aus diesem Grunde das Tischtuch zwischen sich und der treuen Schutztruppe des schutzverbändlerischen Unternehmertums zerschnitten haben. Von den 1340 Mitgliedern waren nur 842 Vollmitglieder, während 493 (meist Lehrlingsmitglieder) nur der Unterstützungskasse und 5 nur der Invalidenkasse angehörten. Die Zahl der Vollmitglieder erhöhte sich im Quartal nur um 5, die der Lehrlingsmitglieder, die dem Verein bekanntlich durch die Unternehmer zugeführt werden, um 18. Während und nach der Bewegung, und zwar von Anfang Oktober 1911 bis Mitte April 1912, also in mehr als einem halben Jahre, sollen dem Vereindem 175 neue Vollmitglieder beigetreten sein, jedenfalls meist Leute, die sich während des Kampfes als Arbeitswillige betätigt oder die sich bei späteren Differenzen als solche betätigen wollen. Mit der Frankfurter Herrlichkeit ist es nach dem Bericht also immer noch nicht weit her.

**Die »Graphischen Stimmten« der »christlichen«** Quertreiberorganisation im graphischen Gewerbe nehmen in ihrer Nummer vom 27. April Notiz von den Sparkassengründungen verschiedener Schutzverbänder, die in Nr. 16 der »Gr. Pr.« eingehend beleuchtet wurden. Der Umstand, daß es verschiedenen Unternehmern durch Bedrohungen mit Entlassungen, durch Versprechungen von Lebensstellungen und durch andere terroristische Maßnahmen gelang, auch einige Verbandsmitglieder für diese Kassen zu pressen, veranlaßt das »christliche« Blättchen zu der Unversämtheit, unsere Organisation als *Schrittmacher für die Gelben* zu bezeichnen. Das bringt ein Organ derselben Gewerkschaftsrichtung fertig, die sich von den gelben Orbildern kaum noch unterscheidet, wie erst jüngst wieder beim großen deutschen Bergarbeiterkampfe bewiesen wurde, bei dem die »christliche« Organisation ihre Mitglieder zwang, als Streikbrecher den Bergkapitalisten bei der Niederwerfung der um ihre Menschenrechte ringenden Bergklaven behilflich zu sein!

**Der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiterverband im Jahre 1911.** Mit 7190 weiblichen und 9775 männlichen, zusammen 16965 Mitgliedern, schloß der Verband das letzte Jahr ab. Der Mitgliederzuwachs betrug 1074, und zwar 333 männliche und 741 weibliche. Die geleistete Agitationsarbeit zeigt sich in der Tatsache, daß insgesamt 8026 Mitglieder eingetreten sind, dem gegenüber 6952 Austritte stehen. An dieser großen Fluktuation sind vorwiegend Arbeiterinnen beteiligt mit 5770 Ein- und 5029 Austritten. Die Ursachen hierfür liegen in dem häufigen Berufswechsel der Arbeiterinnen in jenen Orten, wo andere Industrien mit ihren Konjunkturschwankungen zeitweise aus andern Berufen Arbeitskräfte aufsaugen und später wieder abstoßen. Der Bericht der Hauptkasse umfaßt die Zeit vom 1. April 1911 bis 31. März 1912 und weist eine Einnahme von 582852 Mk. auf. Der Kassenbestand betrug am 31. März 1911: 148876 Mk. Die Ausgaben beziffert sich auf 468795 Mk., so daß am 31. März d. J. ein Vermögensbestand von 57933 Mk. vorhanden war. Unter den Ausgaben nimmt die Summe von 222093 Mk., die für Streikunterstützung verausgabt wurde, die erste Stelle ein. Dann folgt die Unterstützung an Arbeitslose mit 48614 Mk., an Kranke mit 42621 Mk., an Wöchnerinnen mit 5140 Mk., an Gemäßregelte mit 1037 Mk. und Extraunterstützung mit 403 Mk. Insgesamt wurden an Unterstützungen 319909 Mk. verausgabt. Die abnorm hohen Ausgaben für Streikunterstützung wurden durch den achtzehnwöchigen Streik und die Aussperrung im Steindruckgewerbe verursacht, an dem 2060 Mitglieder beteiligt waren. Außerdem wurde an die nach der Beendigung der Bewegung arbeitslos gebliebenen Mitglieder die Summe von 15611 Mk. als außerordentliche Unterstützung bezahlt. Arbeitslos waren 2040 männliche Mitglieder 37015 Tage und 2027 weibliche Mitglieder 29012 Tage, im ganzen 4067 Mitglieder 66027 Tage. Krank waren 7675

Mitglieder 168119 Tage, darunter 2924 männliche 53625 Tage und 4751 weibliche 114494 Tage. Wenn auch der Kassenbestand des Verbandes gegen das Vorjahr bedeutend zurückgegangen ist, so beweisen die angeführten Zahlen doch, daß die Organisation der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen selbst so großen Bewegungen wie der im Steindruckgewerbe nicht machtlos gegenübersteht. Die ausgegebenen Unterstützungssummen aber liefern einen neuen Beweis für die Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften.

**Unter den gewerblichen Augenerkrankungen** ist in erster Linie die Kurzsichtigkeit zu erwähnen, die durch Überlastung bei der Naharbeit hervorgerufen wird. Die mäßige Kurzsichtigkeit bedeutet keine Einbuße für die kurzsichtigen Schriftsetzer, Präzisionsmechaniker, Uhrmacher, Schleifer, Goldarbeiter, Lithographen, Graveure und Kupferstecher. Allerdings können Schriftsetzer und Graveure auch im 3. und 4. Jahrzehnt ihres Lebens eine weitere Zunahme der Kurzsichtigkeit durch ihren Beruf erfahren. Was die bekannte Augenkrankheit der Bergleute anlangt, so meint Dr. Schnaidig in Frankfurt, daß diese Teilerscheinung einer Kohlen-säure- resp. Kohlenoxydvergiftung sei. Auch die Wurmkrankheit der Bergleute kann schwere Augenerkrankungen hervorrufen. Gifte erzeugen am Auge Schädigungen der nervösen Elemente, Erkrankungen der Netzhaut und der Sehnerven. Hier ist an erster Stelle die Bleivergiftung zu nennen, dann die Vergiftung mit Schwefelkohlenstoff, der in der Fett- und Gummiindustrie viel gebraucht wird, ferner mit Quecksilber, Nitrobenzol, Methylalkohol und Arsen. Selbst Genußmittel wie Tabak, Tee, Vanille können in großen Betrieben durch Einatmung des Staubes giftige Wirkungen auf die Sehnerven ausüben. Bei den Glasbläsern kann durch die Hitzeentwicklung des Ofens Starbildung hervorgerufen werden. Neben der thermischen Einwirkung wirkt die chemische auf Linse, Netzhaut und Sehnerven. An der Grenze zwischen Unfällen und Gewerbekrankheiten stehen die Verätzungen des Auges durch Säuren, Alkalien und Laugen.

**Der Nahrungsmittelaufwand** verteuerte sich nach den Calwerschen »Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise« auch wieder im Monat März. Die Reichsindexziffer stieg von 24,83 im Februar auf 25,18 im März 1912, also um 0,35. Da sie im März 1911 auf 23,60 stand, erfuhr sie im März 1912 gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 1,58. Folgende Ziffern lassen die Steigerung im ersten Vierteljahr 1912 gegen das erste Vierteljahr 1911 erkennen:

1911: Januar 23,50; Februar 23,61; März 23,60, 1912: » 24,69; » 24,83; » 25,18.

**Titaneinsturz.** Dieses gewaltige Gemälde Anselm von Feuerbachs scheint in dem erschütternden Untergang der Titanic mit 1400, oder rund zwei Dritteln ihrer Bewohner Wirklichkeit geworden zu sein. Edkt kapitalistisch ging es auf diesem modernen Götterschiff nach den Zeitungsberichten her; seine Lenker scheinen gerade an dem Unglücks-tage gelebt zu haben wie »Gott in Frankreich« (Ludwig XIV.) und der Champagner floß in Strömen. Da wurde dann natürlich, trotz der Warnungen vor schwimmenden Eisbergen, mit »Vollampf voraus« gefahren. Und als das gewaltige Schiff barst, da fehlte es am Notwendigsten, der genügenden Zahl von Rettungsbooten, weil man es für wichtiger gehalten hatte, jeden verfügbaren Platz der Genuß-sucht zu opfern und Gartenrestaurants, Spielsäle und andere Vergnügungsanlagen einzurichten. Nicht der Kapitän war der Höchstkommandierende des Riesenschiffes, sondern das Kapital, vertreten durch den seine »wichtige« Persönlichkeit feige und erbärmlich zuerst in Siderheit bringenden Direktor der White Star-Linie, Br. Ismay. Er trieb an zur unsinnigen Rekordbrecherei, die jede vernünftige Vorsicht ausschloß. Und durch dieses frevelhafte Spiel mit dem Leben Tausender kam es zur Katastrophe, die die erste Fahrt der Titanic zu einem furchtbaren modernen Titanensturz werden ließ.

## Aus dem Auslande.

**Brasilien.** Die Firma »Lafayette« in Pernambuco sucht in letzter Zeit Neuerungen einzuführen, z. B. die Markenkontrolle und die Leibesvisitation beim Verlassen des Geschäfts nach Arbeits-schluß. Desgleichen sucht sie grundlos ihr altes Personal auf die Straße zu werfen, um dafür zu völlig unzulänglichem Lohn neues Personal aus Deutschland kommen zu lassen. So hat die Firma einen Lithographen — anscheinend Marke NV. — zu einem Lohn von 400 Mk. zu gewinnen vermerkt. Das sind 280 Millireis, während man hier mindestens 400—500 Millireis verdienen müßte, da alles furchtbar teuer ist. Die Firma sucht weitere Arbeitskräfte zu derartigen unzureichenden Löhnen herbeizuziehen, und zwar unter Deckadresse oder durch die Maschinenfabrik Frankenthal. Die Kollegen in Pernambuco hoffen jedoch, daß ihnen kein deutscher Kollege bei dem Kampf für die Hebung ihrer ohnehin schon miserablen Lage in den Rücken fällt. Die Eingeborenen sind durchaus auf der Seite der europäischen Gehilfen, obgleich sie sich besser stehen wie sich die Kräfte stehen werden, die die Firma jetzt zu ungenügenden Löhnen aus Deutschland heranzuziehen versucht. So erhält ein Maschinenmeister, der gar keine Lehrzeit durchzumachen braucht, 200—300 Millireis, und ein Lithograph, der mit einem deutschen Lithographen keinen Vergleich aushält, 300—400 Millireis. Also Vorsicht beim Engagement nach Pernambuco (Brasilien).

**Bulgarien.** Am 7. und 8. April 1912 tagte in Sofia der IX. ordentliche Jahreskongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Bulgarien. Zu Beginn des Jahres 1911 gehörten dem Gewerkschaftsbunde 13 Berufsverbände mit 205 Sektionen und 5406 Mitgliedern an. Noch im ersten Monat des Jahres schlossen sich die Verbände der Hafenarbeiter, der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenangestellten zu einem Zentralverband der Transportarbeiter zusammen, so daß der Gewerkschaftsbund am Schlusse des Jahres 11 Berufsverbände mit 184 Sektionen und 6165 Mitgliedern zählte. Inzwischen stieg die Mitgliederzahl weiter, sodaß sie Ende Februar d. J. 7016 betrug. Es entfielen: den Transportarbeitern 1139, den Fabrikarbeitern 941, den Metallarbeitern 784, den Schneidergehilfen 685, den Holzarbeitern 567, den Handlungsgesellen 475, den Buchdruckergehilfen 240, den Schuh- und Lederarbeitern 860, den Textilarbeitern 395, den Tabakarbeitern 515 und den Bergarbeitern 415. Zur Unterstützung von arbeitslosen, verunglückten, kranken und reisenden Mitgliedern wurden insgesamt 12.058,70 Frank verausgabt. Der Streik-Kampf war im Berichtsjahr beschränkt und zwar zufolge der Wahlen, die das Interesse der Arbeiter hauptsächlich auf das politische Gebiet lenkten. Es gab: 30 Abwehr-, 35 Angriffstreiks und 8 Aussperrungen mit 3792 Arbeitern, davon 2556 unorganisiert (gegenüber 160 Streiks und 4 Aussperrungen im Jahre 1910). Verloren wurden dabei 36.840 Arbeitstage. Es endeten: 31 Streiks mit vollem Erfolg, 12 mit teilweisem und 30 ohne Erfolg. An Streikunterstützungen wurden 3531 Fr. verausgabt. Die Gesamteinnahmen der Berufsverbände betragen 84.360 Fr., die Gesamtausgaben 59.108 Fr. und der Kassenstand stieg am Schlusse des Jahres von 14.642 Fr. auf 24.222 Fr. An ordentlichen Mitgliedsbeiträgen wurden 51.364 Frank eingenommen gegenüber 35.585 Frank im Jahre 1910. Die Kasse des Zentralvorstandes verzeichnete an Einnahmen 10.342 Fr., an Ausgaben 9567 Fr. und schloß mit einem Überschuß von 744 Frank. Der Kongreß faßte entsprechende Beschlüsse zur weiteren finanziellen Stärkung der Gesamtorganisation. U. a. wurde ein Reservefonds zum Schutze und zur Abwehr gegründet, zu dem regelmäßige Extrabeiträge im Betrage von einem halben Frank pro Mitglied und Jahr zu entrichten sind und der solange unantastbar bleibt, bis er zu einem Mindestbetrag von 20.000 Fr. steigt.

**Italien.** Das Zentralorgan des italienischen Arbeiterbundes veröffentlicht soeben den Bericht des Direktionsausschusses über das Jahr 1911. Danach stieg die Zahl der der Konfederation angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder im Berichtsjahre um 28.000. Der Mitgliederbestand war in den letzten vier Jahren: 1908: 262.006; 1909: 302.952; 1910: 356.420; 1911: 384.446; das sind vier Fünftel aller organisierten Arbeiter Italiens überhaupt. Die früheren Mißbilligkeiten zwischen den nationalen Federationen (Zentralverbänden) und den lokalen Arbeitskammern (zu vergleichen etwa mit unseren Gewerkschaftskartellen) sind im Abnehmen begriffen. Zurzeit gehören 52 Arbeitskammern und 20 Federationen dem Bunde an. Über Streiks und Aussperrungen wird gesagt, daß bei diesen Kämpfen die Unterstützung der Konfederation (also der Gesamtarbeiterschaft) nur noch in wenigen Fällen in Anspruch genommen worden sei, daß die Verbände finanziell und auch sonst immer mehr in die Lage kämen, ihre Kämpfe aus eigenen Kräften zu führen. So hätten die Bauarbeiter ihren großen Kampf in Bologna selbständig geführt, ebenso die Textilarbeiter, Metallarbeiter usw. Selbst der große Agrarstreik von Ferrarese, der die ganze Provinz in Mitleidenschaft zog, sei von den Beteiligten allein durchgeführt worden.

**Politische Monatsschau.**

Berlin, den 29. April 1912.  
Die Wehrvorlage, Rüstungs- und Kulturausgaben, Ministerwechsel und Etatschneidungen. Die Parteien zur Wehrvorlage. Brotsstellen und Profite für Junkertum und Bourgeoisie. Matfeiler und Frauentag. — Eine Richtigstellung.

Was seit dem Abschluß unserer letzten Monatschau, seit 5 Wochen, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der Erörterungen in Deutschland steht, das ist die **exorbitante Forderung der deutschen Regierung für den unergründlichen Rachen des Molochs Militarismus.** Nicht weniger als 650,5 Millionen Mark Mehrausgaben für Heer und Marine bis zum Jahre 1917 soll der Reichstag bewilligen. Davon entfallen 440,5 Millionen auf das Landheer und 210 Millionen auf die Marine. Hierzu kommen jedoch noch die im ordentlichen Etat auf Grund des Flottengesetzes und des Friedenspräsenzgesetzes von 1911 bereits vorgesehenen Mehrausgaben von ca. 239 Millionen Mark, sodaß sich nach der vorläufigen Aufstellung, die aber ganz natürlich in 2 oder 3 Jahren nochmals revidiert wird, die Schröpfung des deutschen Volkes bis zum Jahre 1917 auf ca. 890 Millionen mehr beläuft, als in den früheren Gesetzen festgelegt war. Ohne diese Mehrausgaben betragen die Ausgaben des Reiches für militärische Zwecke aber bereits ca. 160 Millionen Mark pro Jahr. Diese Wirtschaft ist einfach ein Wahnsinn.

Im Jahre 1908 betragen die Nettoausgaben des Reiches 1736 Millionen Mark; davon wurden allein 856 Millionen für das Heer, 339 Millionen für die Marine, 110 Millionen für Pensionen, und 58 Milli-

onen für die Kolonien, insgesamt für den *Militarismus also 1363 Millionen Mark* ausgegeben. Für *Kulturzwecke* betrafen sich 1908 die Ausgaben des Reiches dagegen nur auf *176 Millionen Mark*, einschließlich der Reichsausüsse für die Invaliditäts- und Altersversorgung. Das Verhältnis hat sich seitdem nicht geändert. Der Rüstungskoller hatte dem Reiche bis 1908 eine Schuldenlast von 4003,5 Millionen Mark aufgebürdet und die bekannte Finanzreform von 1908 und 1909, die der Bevölkerung 453 Millionen Mark der drückendsten Verbrauchssteuern aufhakte, sollte den Reichskarren aus dem Drecke ziehen. Neue Schulden sollten nicht mehr gemacht und die alten aus einem Teil der Erträge der Finanzreform getilgt werden. Diese schönen Vorsätze hat nun die Regierung entweder 1909 dem Reichstage vorgegaukelt oder sie sind wieder zum Teufel gegangen. Denn daß die Regierung an die Richtigkeit der Berechnungen für die Deckung der Mehrausgaben selbst glaubt, kann man wohl kaum annehmen. Wird doch der Wahnsinn der Mehrforderungen noch von der Leichtfertigkeit der Deckungsvorschläge übertroffen.

Herr Wermuth hatte bereits einen Reichshaushaltsetat ausgearbeitet und war zu dem Schluß gekommen, daß zur Deckung der geforderten Mehrausgaben neue Steuern erhoben werden müßten, wenn das Reich nicht in die Anleihewirtschaft zurückfallen wolle. Neue Verbrauchssteuern schienen ihm nicht angebracht, er schlug darum Besitzsteuern, und zwar die Erbschaftssteuer, vor. Sofort erhob sich natürlich das Geschrei der Junker und Pfaffen, die es als eine *Brüskierung* bezeichneten, daß man *den für die Interessen der Besitzenden geschaffenen Militarismus aus den Taschen derselben Besitzenden bezahlen wolle.* Der gute Hohenfower Philosoph, Herr Wermuths Chef, sprang zunächst in der Erregung wohl auch seinem Schatzsekretär bei. Aber, als sich die Männer der Herren Heydebrand und Spahn darob nicht ins Mauseloch verkrochen, sondern um so energischer auftrumpften, Herr Wermuth jedoch von der Erbschaftssteuer auch nicht abgehen wollte, besann sich der Kanzler auf seine gottgewollte Abhängigkeit von den Rittern und Heiligen und stellte durch eine seiner nur zu gut bekannten militärisch strammten philosophischen Wendungen die Homogenität seiner ministeriellen Trabanten wieder her, indem er Herrn Wermuth über die Klinke springen ließ. Ein bisheriger Beamter Wermuths, irgendein Herr Kühn, rückte auf den Posten seines ehemaligen Chefs. Was nun diesem Herrn Kühn an Sorgfältigkeit der Berechnung abgeht, ersetzt er durch eine geradezu frapperende Kühnheit. *Niemand bedauert mehr als er den Abgang seines Chefs, der seines Erachtens für alle Zukunft die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches in mustergültiger Weise festgelegt hat.* Die Erbschaftssteuer will er auch, aber erst wenn sie die Junker und Pfaffen wollen. Jetzt ist sie nach seiner Ansicht auch noch gar nicht notwendig. Denn während Wermuths sorgfältig ausgearbeiteter und begründeter Etat ohne die neuen Rüstungsforderungen noch einen Fehlbetrag von 49 Millionen e gab, rechnet sein Nachfolger *»kühn«* einen Überschuß von 70 Mill. Mark für das laufende Jahr heraus. Ganz abgesehen davon, daß der neue Schatzsekretär mit dieser Aufstellung seine soeben verzapften Lobreden auf die Genialität seines Vorgängers Lügen strafte und damit einen neuen Beweis für den Wert der Reden vom Regierungstische erbringt, zeigt dieser Vorgang wieder einmal, mit was für skrupellosen Rechenkunststücken und Zahlenverschiebungen man das Volk einzuseifen verucht. Beträgt doch die Differenz zwischen den Etats der beiden Herren, die vor ein paar Wochen noch in ein und demselben Ressort beschäftigt waren, volle 119 Millionen Mark; wohlgerneht: für ein Jahr! Was ist nun richtig? Entweder wurden die Einnahmen des Reiches durch Herrn Wermuth zu niedrig, oder durch Herrn Kühn zu hoch angesetzt. Letzteres scheint das Richtige zu sein, denn die Rechnung für die nächsten 5 Jahre ist noch viel phantastischer aufgemacht. Die Regierung rechnet nämlich damit, daß in dieser Zeit die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Verkehrsüberschüssen mindestens ebenso hoch sein werden, wie sie für 1912/13 veranschlagt sind. Bei dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur ist das natürlich ausgeschlossen. Aber auch für die Eventualität einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage hat die Regierung ein Mittel: *dann müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden.* Diese Kalkulation trägt den Stempel der Teilheit des Systems auf der Stirn. In Zeiten wirtschaftlicher Depression, in denen Post und Eisenbahnen verminderte Überschüsse abwerfen, die Klasse der Besitzenden die Hand noch fester aufs Portemonnaie legt, die Volksmassen ausgepowert sind bis auf Nichts, da sollen neue Einnahmequellen erschlossen, d. h. ein neuer Raubzug auf die Taschen der Besitzlosen unternommen werden, um dem Moloch den Rachen zu füllen. Nur so weiter!

Geradezu bezeichnend ist es für die Entwicklung der bürgerlichen Parteien, daß es die Regierung nicht einmal für notwendig erachtet, eine ausführende Begründung (von Logik gar nicht zu reden!) ihren Forderungen zu geben. *Kriegsgefahr besteht nicht, aber wir brauchen mehr Militär.* Das war ungefähr der Sinn der Rede des Reichskanzlers zur Begründung der Forderung von 650 Millionen Mark. Außer der Sozialdemokratie fand keine Partei Worte, die dem Volke zugemutete Belastung zurückzu-

weisen. Sie alle hatten es für ordnungsgemäß, daß Millionen über Millionen dem Militarismus und Imperialismus geopfert werden, während eine Menge Kulturaufgaben ihrer Erledigung harren, aber nicht durchgeführt werden können weil kein Geld dafür da ist. Keine Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrente, kein ausreichender Wöchnerinnenschutz, keine Erhöhung der Bagatelle, die man den Witwen und Waisen hingeworfen hat, keine Volksschulreform, keine Herabsetzung oder Beseitigung der niederträchtigen Verbrauchssteuern usw., sondern Wehrtrüsten, Herbeiführung des Weltbrandes, der alle Kulturwerke vernichtet. Und warum? *Weil eine fanatisierte Minderheit es will.* Weil Junkertum und Kapitalistencliquen ihre Vorteile, ihre Profite daraus ziehen wollen.

*»Es gibt gar keine produktivere Anlage als die Ausgaben für die Armee!«* rief am 12. Januar 1899 Freiherr von Stumm im Reichstage aus. Als Kapitalist, als Eisenkönig hatte er vollkommen recht. Zwei Jahre später konnte der Firma Krupp in Essen nachgewiesen werden, daß sie die Tonne Panzerplatten an die Vereinigten Staaten 401 Mk. billiger verkaufte als an die deutsche Marineverwaltung. Die Pferde- und Materiallieferungen bedeuten für Junker und Großhandel ebenfalls ein gutes Geschäft. Denn wer für den Staat arbeitet, kann einen guten Rock anziehen. Ferner bieten nach der neuen Vorlage ca. 575 Offiziers- und höhere Beamtenstellen einen vorzüglichen Unterschupf für Junker- und Bourgeoisöhnchen. Das trägt alles dazu bei, die bürgerlichen Parteien von einer Kritik der Vorlagen abzuhalten. Während früher die Heeresvorlagen im Parlament die stürmischsten Debatten hervorriefen, es Zentrum und Liberale darüber zu Konflikten kommen ließen, suchen sie sich heute im Bewilligungseifer zu übertrumpfen. Aber, wir werden es erleben, wenn es sich darum handeln wird, ob die Mannschaftslöhnung von 5 oder um 8 Pfg. erhöht werden soll, dann wird wieder mit wichtigen Mienen ein großer Redekampf entbrennen.

Nun, wir stehen vor zwei großen Fragen, dem ersten Mai und dem Frauentage. Tausende und Abertausende von Proletariern und Proletarierinnen werden protestieren gegen Rüstungswahnsinn und Volksbedrückung, für den Frieden und die Befreiung der Menschheit von Unterdrücker- und Ausbeuterfesseln.

In unserer letzten Monatsschau vom 25. März d. J. nahmen wir Bezug auf eine Unterredung, die zwischen dem Unterstaatssekretär Richter und Geheimrat Büxenstein stattgefunden hat. In einer Zuschrift an den »Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker« teilt Herr Büxenstein mit, daß der Unterstaatssekretär in dieser Unterredung das Gegenteil von dem gesagt hat, was der »Volkswille« in Hannover berichtete. ag.

**Unser Mitbestimmungsrecht im Arbeitsbetriebe.**

III.

Nachdem wir das Recht des Arbeiters, die Verwendung seiner Arbeitskraft zu überwachen, theoretisch begründet haben, erübrigt uns noch eine Erörterung der Frage, wie dieses Recht in der Praxis geltend gemacht werden soll. Auf den ersten Blick leuchtet ein, daß es ausgeschlossen ist, weil es zu merkwürdigen Zuständen führen müßte, wenn jeder einzelne Arbeiter persönlich von seinem Mitbestimmungsrechte Gebrauch machen wollte. Auch im politischen Leben läuft ja nicht jeder einzelne Staatsbürger dem Fürsten oder der Regierung vor die Bude und bringt seine Wünsche und Beschwerden vor, sondern eine Anzahl dieser Bürger tut sich zusammen und wählt einen Vertreter, der ihre Interessen wahrnehmen soll. Dieses Repräsentationssystem, das bekanntlich von Anarchisten und anarchistischen Sozialisten als ein Grab der Souveränität des Individuums gebrandmarkt wird, findet auch im Betriebskonstitutionalismus Anwendung. Die Arbeiter eines Betriebes wählen sich eine Vertretung, die gewöhnlich den Namen Arbeiterausschuß führt, und mit Hilfe dieses Ausschusses treten sie der Betriebsleitung als gleichberechtigter Faktor gegenüber, der das Recht hat, Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen zu treffen. Der Wille des Einzelarbeiters, der dem Unternehmertum gegenüber nach Lage der Sache ohnmächtig ist, wird mit dem der anderen Arbeiter zu einem Kollektivwillen zusammengeschweisst, der den Arbeiterforderungen Nachdruck zu verleihen imstande ist. Dieses Arbeiterparlament bildet ein wirksames Gegengewicht gegen den Absolutismus des Unternehmers, es nimmt die Stelle einer beratenden und mitbestimmenden Körperschaft ein, während die Betriebsleitung, sei es der Unternehmer in Person oder eine Kommission, die ausführende Behörde bleibt.

Der Arbeiterausschuß hat, wenn er seinen Zweck erfüllen soll, gewisse Rechte und Pflichten. Vor allen Dingen muß gefordert werden, daß er vom Unternehmer als die *berechtigte Interessenvertretung der Arbeiter rückhaltlos anerkannt wird* und daß seine Mitglieder wegen ihres Eintretens für die Interessen ihrer Kollegen nicht geschädigt oder gemäßigert werden dürfen. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt, weil anderenfalls das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zur Lächerlichkeit verurteilt wird. Es müssen Bestimmungen geschaffen werden, die die Unverletzlichkeit eines Arbeitervertreters gegenüber

der Willkür des Unternehmers gewährleisten und die es unmöglich machen, daß ein Arbeiter der Rache seines Arbeitgebers ausgeliefert wird, weil er seine Pflicht tut. Es ist wünschenswert, daß sich die Gesetzgebung mit dieser Frage beschäftigt, und daß der Staat den Arbeiterschutz schützt. Auch die Gewerkschaften sind berufen, ihren Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen. Die heute noch bestehende Schutz- und Rechtlosigkeit der Mitglieder des Arbeitersausschusses muß beseitigt werden — dies ist eine Forderung, die immer dringender erhoben wird.

Selbstverständlich muß von einem Arbeiter, der in den Ausschuß gewählt wird, verlangt werden, daß er die nötige Sach- und Fachkenntnis besitzt, die dazu gehört, um sach- und fachgemäß mitarbeiten zu können. Es wäre verkehrt, den lautesten Schreier und den größten Phrasendrescher zu wählen, anstatt einen Kollegen zu delegieren, der weiß, was er zu tun hat. Der Arbeitervertreter muß auch ein Mann sein, der Rückgrat besitzt und sich nicht scheut, der Betriebsleitung gegenüber mit Nachdruck die Interessen seiner Kollegen zu wahren; er muß aber auch den nötigen Takt besitzen, damit er Reibungen und persönliche Streitereien vermeidet, die nicht nützen, sondern schaden. Auch seinen Kollegen gegenüber muß er als aufrechter Mann dastehen, der Forderungen zurückweist, die er für unberechtigt und undurchführbar hält. Nach dem landläufigen Spruche, daß die Kirche immer im Dorfe bleiben muß, darf er sich nicht dazu hergeben, einseitig nur auf den Vorteil der Arbeiter zu sehen, ohne Rücksichtnahme auf das Interesse des Betriebes. Er darf sich auch nicht als das willenlose Werkzeug der Arbeiterschaft betrachten und mit gebundener Marschroute vorgehen; er hat ja nicht nur den Willen seiner Kollegen auszuführen, sondern er soll selbst beobachten, beurteilen und dann entscheiden. Und stößt er hierbei auf den Widerstand unvernünftiger Kollegen, so zeige er ihnen, daß er Mann ist und nicht Knecht. Nach oben rückenstark und nach unten steifnackig sein, das ist Mannesmut. Wie Nietzsches »Zarathustra« spricht: »Ob einer vor Göttern und göttlichen Fußritzen knechtisch ist, ob vor Menschen und blöden Menschenmeinungen: alle Knechtsart spielt sie an, diese seltsame Selbstsucht.«

Man ersieht leicht, daß an eine Arbeitervertretung hohe Anforderungen gestellt werden in bezug auf Wissen und Charakter und darum sollen sich die Arbeiter eines Betriebes bemühen, die würdigsten und tüchtigsten aus ihren Kollegen herauszusuchen. Haben sie aber gewählt, so müssen sie ihren Vertretern auch die Treue wahren. Den Männern, denen sie ihr Vertrauen geschenkt haben, dürfen sie nicht mit Mißtrauen begegnen und ihnen durch kleinliche Nörgelsucht nicht das Leben sauer machen. Die Mitglieder des Arbeitersausschusses müssen das Bewußtsein in sich tragen, daß ihre Kollegen hinter ihnen stehen und ihre Entscheidungen billigen. Dieses Bewußtsein soll ihnen ihre schwere Aufgabe erleichtern, da andernfalls sich die besten und tüchtigsten Leute für den Posten bedanken würden. Gerade das Mißtrauen und das Nörgeln der Kollegen, die alles besser wissen, hält manchen Arbeiter davon ab, sich in den Arbeitersausschuß wählen zu lassen. Nicht die Angst vor dem Prinzipal ist es vielfach, die eine Annahme des Mandats verhindert, sondern die traurige Erfahrung, daß die eigenen Kollegen Schwierigkeiten machen. Ein Arbeitervertreter, an welchem Orte er auch stehe, kann nur dann ersprießlich wirken, wenn der Unternehmer in ihm die Verkörperung der Wünsche und Forderungen seiner gesamten Arbeiterschaft erblickt. Und da gibt es auch Arbeiter, die in einer privaten Unterredung mit dem Betriebsleiter die Ausführungen des Ausschusses verleugnen, um auf diese Weise den getreuen Fröhdlin zu markieren. Wie traurig es in dieser Beziehung noch bestellt ist, das weiß der liebe Himmel, und wie notwendig hier eine Erziehungsarbeit ist, davon wissen manche Arbeiter ein Lied zu singen.

Sehr viel können die Gewerkschaften dazu beitragen, die Autorität der Arbeitersausschußmitglieder zu stärken und die Arbeitersausschüsse zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollen. Die bisherige Erfahrung hat gelehrt, daß ein Arbeitersausschuß, hinter dem keine starke Gewerkschaft steht, nur ein Schattendasein führt und daß er erst dann seine Aufgabe erfüllen kann, wenn er von der Gewerkschaft getragen wird und gewissermaßen ein ausführendes Organ der letzteren ist. Wenn ein Unternehmer merkt, daß seine Arbeiter nicht vereinzelt dastehen, sondern sich als Glieder einer starken Gewerkschaft fühlen, so wird er gewungenermaßen ein Entgegenkommen zeigen, das er andernfalls niemals zeigen würde. Und er wird auch mit einem Ausschuß ganz anders verhandeln, wenn er weiß, daß dessen Forderungen von der Organisation unterstützt werden. Dies wird auch von anderer Seite bestätigt. Vor kurzem erklärte noch ein Aufsichtsratsmitglied der Straßenbahngesellschaft in Straßburg und Direktor des dortigen Elektrizitätswerkes, daß der Arbeitersausschuß in seinem Betriebe früher gar keinen Wert gehabt habe und daß er erst, seitdem der Verband mitwirkte, positive Arbeit leistete. Und der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander sprach sich in demselben Sinne aus.

Darauf kommt es vor allen Dingen an, daß positive Arbeit geleistet wird und daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter wirklich in die Erscheinung tritt. Ein Scheinkonstitutionalismus —

wie wir ihn auf politischem Gebiete in Preußen-Deutschland haben — ist nicht nur wertlos, er ist direkt schädlich. Wenn der Arbeitersausschuß weiter nichts ist, als eine Kulisse, hinter der der Betriebsabsolutismus sein Wesen treibt, wenn er nur dazu dient, den Arbeitern die Augen zu verblenden und ihnen eine Konstitution vorzugaukeln, die gar nicht existiert, so ist es besser, wenn der Unternehmer ohne Ausschuß seine Alleinherrschaft offen ausübt. Dann wissen die Arbeiter wenigstens, woran sie sind.

Soviel steht fest: die Recht- und Schutzlosigkeit des Arbeiters im Arbeitsprozesse vertritt sich nicht mehr mit seiner Stellung als gleichberechtigter Staatsbürger und mit seiner Würde als Kulturmensch. Es ist deshalb die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, auf wirtschaftlichem Gebiete die Gleichberechtigung zwischen Unternehmer und Arbeiter durchzuführen, die auf politischem Gebiete von der Sozialdemokratie erstrebt wird. Brutus.

### Tarifvertragspflichten.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission wurde bekanntlich um eine Arbeiterrechtsbeilage bereichert, in der das Gewerbliche Recht, das Koalitionsrecht, das Vereinsrecht, die soziale Versicherung und ähnliche Fragen erörtert werden sollen. In der ersten Nummer erschien ein lehrreicher Beitrag des Rechtsanwalts Dr. Sinzheimer über Tarifvertragspflichten. Da der Aufsatz weiteste Beachtung auch in unsern Kollegenkreisen verdient, haben wir ihn in unser Blatt übernommen. Die Redaktion.

Die Frage des Tarifvertrages tritt immer mehr in ihr zweites Stadium der Entwicklung. Während früher ausschließlich um das dem Tarifvertrage zugrunde liegende wirtschaftliche und soziale Problem gekämpft wurde und heute noch zu einem großen Teil gekämpft wird, treibt die Weiterentwicklung immer mehr zur rechtspolitischen Behandlung dieses Vertragsgebildes. Die Voraussetzung dieser rechtspolitischen Behandlung ist die vorurteilslose Einsicht in die gegenwärtige Rechtslage. Eine wichtige Frage dieses gegenwärtigen Rechtes betrifft die Pflichten, die der Arbeitgeberverband durch einen Tarifvertrag auf sich nimmt. Ihre Bedeutung ist durch zwei bemerkenswerte Entscheidungen des Reichsgerichts vom 5. Oktober 1909 und vom 20. Januar 1910, beide Hamburger Arbeitskämpfe betreffend, besonders hervorgerufen.

Bei der Frage ist davon auszugehen, daß der Arbeitstarifvertrag ein Rechtsverhältnis ist. Die Anschauung, daß der Arbeitstarifvertrag ein rechtlich neutrales, nur soziales, durch Macht oder Sitte bestimmtes tatsächliches Verhältnis ist, muß endgültig aufgegeben werden. Diese in der rechtswissenschaftlichen Literatur schon längst vertretene Grundanschauung ist durch die oben erwähnten Entscheidungen des Reichsgerichts ausdrücklich bestätigt worden. Das Reichsgericht hat zugleich die Ansicht zurückgewiesen, als ob dieser Auffassung der bekannte § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung entgegenstände. Denn diese Vorschrift paßt, wie das Urteil vom 20. Januar 1910 ausführt, nur auf Vereinigungen, die zum Zwecke des Kampfes geschlossen und auf Verabredungen, die über den Kampf und seine Führung getroffen sind, nicht aber auf ein Kampfergebnis, welches einen Tarifvertrag enthält.

Die Rechtspflicht, die sich hieraus für den Arbeitgeberverband ergibt, ist die Pflicht, den durch den Tarifvertrag gebotenen Arbeitsfrieden zu halten und dafür zu sorgen, daß auch seine Mitglieder ihn halten. Dies ist die wesentliche Verpflichtung, wenn auch nach dem besonderen Inhalt eines bestimmten Tarifvertrages noch weitergehende und andere Verpflichtungen vorliegen können. Diese Friedenspflicht ist keine rechtliche Versagung des Arbeitskampfes überhaupt während der Geltungsdauer eines Tarifvertrages. Denn sie gilt nur, soweit sie durch den Inhalt des Tarifvertrages geboten ist. Arbeitskämpfe, die sich auf die durch den Tarifvertrag geschaffene Arbeitsordnung nicht beziehen, können daher von der Friedenspflicht nicht umfaßt sein. Dies gilt zum Beispiel von einem Generalstreik, der um Grundfragen des politischen oder sozialen Lebens geführt wird, aber auch von Symphistreiks, die nicht geführt werden, um einen in Geltung befindlichen Arbeitstarifvertrag zugunsten der Arbeiter außer Kraft zu setzen, und auch von solchen Streiks, die sich auf andere außertarifliche Gegenstände beziehen, zum Beispiel auf eine Abwehr, die geführt wird gegen einen im Tarifvertrag nicht vorgesehenen einseitigen Arbeitgebernachweis. Die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsfriedens durch die Mitglieder legt aber dem Verband die Pflicht auf, nichts zu tun, was eine Unterstützung vertragswidrig streikender Mitglieder bedeutet, und alles zu tun, was Statuten und das übliche vorschreiben, um Mitglieder vom Streik abzuhalten, sie zum Frieden zurückzuführen.

Wer haftet für die Einhaltung dieser Friedenspflicht?

1. Es haftet in erster Linie der Verband. Die Haftung des Verbandes tritt ein, wenn er selbst den Frieden bricht, sei es, daß er von sich aus die tarifwidrige Kampfhandlung vornimmt (er beschließt zum Beispiel gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages, in einen Kampf einzutreten), sei es, daß er von sich aus für die Einhaltung des Arbeitsfriedens durch seine Mitglieder nicht sorgt (zum Beispiel der Verband beschließt, tarifwidrig im Kampfe stehenden Mitgliedern Streikunterstützung zu zahlen). Aber der Verband haftet nicht nur für eigenes Verhalten. Er haftet auch für das Verhalten seines

Vorstandes. Es ergibt sich diese Haftung nicht aus § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach der Verein für Handlungen seines Vorstandes einzutreten hat, die zum Schadenersatz verpflichten. Denn diese Bestimmung gilt nicht für nicht rechtsfähige Vereine, die unsere Arbeitsverbände in der Regel immer noch sind, sie gilt auch in der Regel nicht für vertragswidrige, sondern nur für unerlaubte außervertragliche Handlungen. Die Haftung ergibt sich vielmehr, wie das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 5. Oktober 1909 ausdrücklich anerkannt hat, aus der Bestimmung des § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach ein Schuldner ein Verschulden derjenigen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, in gleichem Umfange zu vertreten hat, wie eigenes Verschulden. Die Personen, deren sich ein Arbeitgeberverband als der Schuldner im Tarifvertrag zur Erfüllung seiner Friedenspflicht bedient, sind der Vorstand (eventuell auch besonders angestellte Beamte, auf die § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches ohne weiteres auch zutrifft). Was also der Arbeitgeberverband nicht selbst tun darf, ohne den Tariffrieden zu stören, das darf auch der Vorstand nicht tun, ohne seinen Verband haftbar zu machen. Zum Vorstand ist nicht nur der Vorstand des Zentralverbandes, sondern auch der Vorstand von Zweigvereinen oder Zahlstellen zu rechnen. Ist dieser Zweigverein eine selbständige Organisation, der als selbständiger Verein anzusehen ist, dann haftet für die Handlung des Vorstandes nur der Zweigverein. Ist aber der Zweigverein nur eine Abteilung, eine Verwaltungsstelle des Zentralverbandes, dann trifft die Verantwortlichkeit für Handlungen des Vorstandes dieser Stellen den Zentralverband. — Haftet der Verband auch weiter für seine Mitglieder, die entgegen seinem Willen und ohne seine Unterstützung Kampfhandlungen begehen? Diese Frage ist zu verneinen. Denn es besteht aus keinem Rechtsgrund eine Garantie des Verbandes aus einem Tarifvertrag für das Verhalten seiner Mitglieder, wenn nicht ausdrücklich im Tarifvertrage eine solche Garantie übernommen worden ist, was bekanntlich für manche Tarifverträge zutrifft.

2. Es haftet aber auch der Vorstand für sich. Dies ist der Fall, wenn der Vorstand im Namen des Verbandes, was meistens geschieht, den Tarifvertrag abgeschlossen hat. Es haften dann alle Vorstandsmitglieder als Gesamtschuldner. Diese Rechtsfolge ergibt sich aus § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach aus Rechtsgeschäften, welche im Namen eines rechtsfähigen Vereins einem dritten gegenüber vorgenommen werden, der Handelnde persönlich und, wenn mehrere handeln, die Handelnden als Gesamtschuldner haften. Die Rechtsfolge gilt übrigens nicht nur für den Vorstand, sondern auch für jeden andern, der im Namen eines solchen Vereins mit einem dritten ein Rechtsgeschäft vorgenommen hat. Das Reichsgericht hat diese rechtliche Folgewirkung für die Haftung aus Tarifverträgen ausdrücklich anerkannt. Durch Vertrag kann diese Haftung wegbedungen werden.

3. Eine letzte Frage ist, ob die Mitglieder des Verbandes neben dem Verband mit ihrem persönlichen Vermögen und Einkommen haften. Da auf nicht rechtsfähige Vereine nach § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden, für Schulden der Gesellschaft aber rechtsgründlich die einzelnen Gesellschafter als Gesamtschuldner haften, so liegt zunächst die Annahme nahe, daß nun auch tatsächlich die Mitglieder von Arbeitgeberverbänden Friedensbrüche, für die der Verband haftet, auch ihrerseits vertreten müssen. Doch ist hier folgendes zu beachten: § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nachgiebiges Recht, das heißt übereinstimmender Wille der Vertragsparteien kann die Haftung der Mitglieder ausschließen und sie beschränken auf das Vereinsvermögen. Dieser Ausschluß kann ausdrücklich erfolgen. Er kann aber auch stillschweigend geschehen. In der Annahme einer solchen stillschweigenden Beschränkung gehen Literatur und Judikatur ziemlich weit. So sagt zum Beispiel Oertmann in seinem Kommentar zum allgemeinen Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches (S. 171): »... man wird vielleicht ohne allzu große Kühnheit diese Beschränkung als im Zweifel ausgemacht in der Regel, wenn auch nicht immer, schon dann unterstellen dürfen, wenn nur allgemein für den Verein kontrahiert ist.« Legt man diese Auffassung zugrunde — und sie wird auf eine Entscheidung des Reichsgerichts gestützt — so wird man annehmen dürfen, daß die Mitglieder von Arbeitgeberverbänden aus Tarifverträgen im allgemeinen nicht haften, weil wohl eher immer im allgemeinen »für den Verein kontrahiert ist«. Übrigens läßt sich gleiche Haftungsbeschränkung auf das Vereinsvermögen erzielen, wenn in den Statuten der Arbeitgeberverbände ausdrücklich dem Vorstand nur das Recht eingeräumt ist, den Verein als solchen mit seinem Vereinsvermögen zu vertreten. Die Verbände haben es deswegen ohne weiteres in der Hand, durch entsprechende Redaktion ihrer Statuten zweifelsfrei die Mitglieder von der Haftung zu befreien.

Sind sich die Arbeitgeberverbände immer bewußt, welche Pflichten sie übernehmen, wenn sie Tarifverträge schließen? Sind sich alle, die eine »gesetzliche Regelung der Tarifverträge«, insbesondere durch eine Regelung der »Haftung der Gewerkschaften« fordern, klar darüber, welche Pflichten heute rechtlich bestehen? Dr. Sinzheimer.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Von der Moralstrategie des Schutzverbandes.

(Auch eine Nachlese des Kampfes.)

»Die Taktik mit der linken Hand auf eben dieselbe Wange zu klopfen, die man mit der rechten Hand streichelt, wird, das ist eine alte Erfahrung im Leben meist recht bald durchschaut.«

(Deutsch. Steindruckgewerbe vom 1. April 1912.)

Es ist das Wesen des Schutzverbandes, seine wahren Pläne zu verschleiern und durch Irreführung der Öffentlichkeit eine falsche Meinung von sich zu geben. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit verkündet er in bombastischer Weise der Mitwelt, welche hervorragend sittlichen Eigenschaften er habe und vertritt und wie die organisierten Arbeiter insgesamt, die Lithographen und Steindrucker ganz besonders, die höchsten menschlichen Schlechtigkeiten, gepaart mit tiefster teuflischer Verruchtheit aufweisen. Es erschüttert unser dreimal versteinertes Herz bis auf den letzten Grund und unser verstocktes Sündergemüt windet sich in reuigen Zuckungen bei dem Anblick der selbstlosen Aufopferung, mit der sich die Mitglieder der Unternehmerorganisation, vom syndizierenden Doktor bis herab zum unbedeutendsten Schweißmeister, bei diesem Bestreben gegenseitig den Rang abzulaufen trachten. Wenn nur die bösen Gehilfen nicht wären, die alles benörgeln und bezweifeln!

Doch unter uns gesagt: die Akteure des Schutzverbandes sind schlechte Komödianten. Sie sind elende Stümper, die sich ihr Lehrgeld wieder geben lassen sollten; sie verstehen ihren Zimt miserabel. Einer wie der andere. Es ist nicht schwer, hinter ihre Schliche zu kommen.

Es ist der gesamten Kollegenschaft bekannt, was von den pathetischen Tugendausbrüchen des Schutzverbandes und seiner Organe zu halten ist. Schon oft ist Gelegenheit genommen worden, die Handlungen der Unternehmer auf ihren wirklichen Wert hin zu untersuchen und ihre arbeiterfeindlichen und arbeiterausbeutenden Tendenzen bloßzulegen. Wie so oft konnte das direkte Gegenteil von dem nachgewiesen werden, was von jenen Leuten in die Welt hinausposaunt wurde. Es ist einfach nicht wahr, wenn von der Unternehmerschaft immer und immer wieder erklärt wird, daß sie eine Gesundung der Berufsverhältnisse herbeiführen wolle, daß sie *berechtigte* Forderungen der Uehlfen erfüllen werde und daß sie rückständige Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht schütze. Würde die Schutzverbandsleitung wirklich einmal die Absicht zeigen, in aufrichtiger Meinung irgend einen der drei genannten Punkte in die Tat umzusetzen, so riefte sie eine Rebellion der eigenen Mitglieder gegen sich hervor. Aber man kann es nicht, weil man es ernstlich garricht will.

Die Konkurrenzbestrebungen unter den Schutzverbandsmitgliedern sind es, worauf dies zurückzuführen ist. Die Unternehmer, die nach außen sich zeigen als bei jeder Gelegenheit harmonisch Vereinten, kämpfen bei ihren gifttreibenden Aktionen einen Kampf, der an Grausamkeit nicht hinter den blutigen Ereignissen eines Krieges zurücksteht. Nicht nur Außenseiter des Schutzverbandes, sondern auch seine eigenen Mitglieder erheben gegen ihre Vereinsgenossen den Vorwurf der Schmutzkonkurrenz und müssen zusehen, wie ihre Organisation nicht im entferntesten daran denkt, diesen ungesunden Zustand zu beseitigen. Nur wenn es gilt, bescheidene Forderungen der Arbeiter niederzubütteln, derselben Arbeiter, aus deren Arbeitskraft sie ihren Profit ziehen, ist ihre eben noch zerrissene Kampfreihe in scharfer Frontstellung gegen die Arbeiterschaft sofort geschlossen.

Man nenne uns doch einmal einen Fall, wo der Schutzverband aufrichtig bemüht war, eine Gesundung der Berufsverhältnisse zu veranlassen! Sollte etwa jene bekannte Ar-

beitsordnung, genannt *Zuchthausordnung*, dazu dienen, oder will er durch sein Verhalten bei der auch von ihm beabsichtigten Herbeiführung eines Zentraltarifes den Glauben erwecken, daß es ihm um eine Hebung des Gewerbes zu tun war, bei der auch die Arbeiter profitieren sollten? In Wirklichkeit weisen beide Ereignisse denselben Geist auf. Es spricht aus ihnen mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die Absicht, daß sich unsere Unternehmer die Macht zum Diktieren der Lohn- und Arbeitsbedingungen aneignen möchten. Damals wie jetzt sind diese Absichten gescheitert. Damals jagten die flammenden Proteste der Gehilfenschaft das elende Madwerk in den Orkus; jetzt verkriecht man sich auf jener Seite hinter die fadenscheinigsten Gründe, nachdem unser Verband nicht auf die Leimruten des Schutzverbandes gehupft ist. Und noch nicht vergessen ist jener Ausspruch des früheren Schutzverbandsvorsitzenden, daß 25 Mk. Wochenlohn für gelernte verheiratete Gehilfen ein zureichender Verdienst sei. Bei jenem Vorkommnis drehte es sich um eine solche Firma, die in dem Ruf ärgster Schleuderpreise stand, was sie sich nur auf Grund niedriger Arbeitslöhne leisten konnte. Sie wurde vom Schutzverband geschützt. Man kann doch nicht behaupten, daß die Aufbesserung jener Löhne »unerfüllbare« Forderungen gewesen sind.

Eine Katze fällt immer auf die Füße. Von welcher Seite man auch das Auftreten des Schutzverbandes betrachtet, stets drängt sich einem die Auffassung auf, das er einzig und allein die Bekämpfung jeglicher Arbeiterbestrebung verfolgt. Das illustriert auch ein Fall, den wir heute unseren Kollegen unterbreiten wollen.

In der rührendsten Sorgfalt um das Wohlergehen »ihrer« Arbeiter und in ständiger Angst vor dem zwar immer noch nicht eingetretenen, aber desto häufiger prophezeiten Bankerott unseres Verbandes, wobei dann eines schönen Tages die Mitglieder für ihre jahrelangen Beiträge ratzekahl ohne einen Pfennig an Unterstützung sein werden, haben sich manche Unternehmer aufgerufen, auf einen Teil ihres schweißverdienten Mammons zu verzichten und ihn unter Verzicht auf die eigene Wohlgefälligkeit für die Arbeiter zu stiften. Natürlich nur aus reiner Menschenfreundlichkeit; wer anders denkt, ist ein frivolster Sünder. Nur zu einer kleinen Gefälligkeit muß sich der Genießer jenes Edelturnes verpflichten, er muß aus dem verruchten Verband der Lithographen und Steindrucker ausgetreten sein. (Gott, wie bescheiden! Warum denn auch nicht? Jeder Dienst erfordert doch einen Gegendienst!) Freiwillig natürlich; denn so etwas darf nur freiwillig geschehen. Wenn gar der Beauftragte des Geschäfts die lautere Absicht des Unternehmers »mißbraucht« und im Weigerungsfalle den »begriffsstutzigen« Gehilfen bei der Arbeit schlechter stellt oder ihm gar mit Entlassung droht, so begehrt er einfach eine »Eselei«, sagte sehr richtig Herr Wundsch.

Zu den Firmen, die ihr mißführendes Herz für die Arbeiter entdeckt haben, gehört auch die Firma *W. Hagelberg, Berlin*. Das ist eine ganz besondere Firma. Sie ging sogar soweit, daß sie denjenigen Gehilfen, die sich dem Geschäft zu der genannten Gegenleistung verpflichtet hatten, versprach, ihnen pro Woche 18 Mk. zu zahlen, falls sie einmal wegen Mangel an Arbeit aussetzen müßten. Doch Versprechen und Halten ist auch bei dieser Firma zweierlei. In voriger Woche nun, so wird berichtet, ist mehreren dort beschäftigten unorganisierten Lithographen, die aussetzen müssen, in aller Klarheit eröffnet worden, daß sie dies auf eigene Kosten tun müßten und daß die Firma für die Dauer dieser Zeit irgendwelche Entschädigung zu zahlen nicht beabsichtigt! Damit hat die Firma in aller Form ihr gegebenes Versprechen gebrochen.

Daß das kommen mußte, war vorauszusehen. Es zeigt, wohin der Kurs geht. Sicherlich wird es nicht das einzige Vorkommnis dieser Art bleiben.

Solange die Firma nur vereinzelt Unorganisierte beschäftigte, hat sie sich dergleichen nicht erlaubt. Sobald deren Zahl aber größer geworden ist, zeigt der Unternehmer seine wahre Absicht. Vielleicht aber auch ist der Unternehmer durch die tendenziösen Berichte in der Schutzverbandszeitung über angeblich bedeutenden Mitgliederverlust im Gehilfenverbande zu seinem Vorgehen ermutigt worden.

Gewiß sind die Betroffenen Leute, die sich in kurzsichtiger Verblendung von ihren Klassen-genossen abgewendet haben und nun nicht mehr zu uns gehören. Wir hätten demnach keine Ursache, uns mit ihrem Schicksal zu beschäftigen, wenn nicht eben durch das Ereignis zwei Momente in Erscheinung träten, die auch für jeden unbeteiligten Kollegen einer Betrachtung wert sind. *Einmal zeigt sich, wie die Versprechungen der Unternehmer zu bewerten sind. Dann aber wird treffender als durch ausgedehnte Agitation demonstriert, daß es dem Unternehmertum gar nicht darum zu tun ist, den Arbeitern eine Verbesserung ihrer Lebenslage zukommen zu lassen, sondern daß es nur darauf ausgeht, die geschlossenen Reihen der Arbeiterschaft zu vernichten, um bei seiner Plusmacherei geringeren Widerstand zu finden!* Und je näher es sich diesem Ziele wäht, desto kühner wird sein Auftreten.

Bisher ist zu verzeichnen gewesen, daß, sobald einmal irgend eine geheime Absicht der Unternehmer ruckbar geworden ist oder ein Vorgang auf ihrer Seite andere Erfolge zeitigte als vorher angenommen wurde, der Herold des Schutzverbandes irgend eine kindlich harmlose Ursache heraufstufelte. Ganz selbstverständlich, das ist ja sein Amt. Und wir zweifeln nicht im geringsten, daß er auch dieses Mal in Funktion treten wird. Aber der Schutzverband wird die Handlung eines seiner bedeutendsten Mitglieder nicht von seinen Rockschößen abschütteln können.

Doch noch eine andere Seite des Vorkommnisses muß ins rechte Licht gerückt werden. Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß die betreffenden Gehilfen, mag auch bei ihnen der *Druck* durch die Geschäftsleitung ausschlaggebend gewesen sein, auf das Versprechen der Firma gerechnet haben. *Diese Zuversicht ist schmähdlich mißbraucht worden!* Wenn die Firma dem Verbands gegenüber eine Vereinbarung bricht, so wird dieser noch immer Mittel und Wege zu finden wissen, um die Schuldigen auf die Finger zu klopfen und die so Herausgeworfenen weitest zu unterstützen. Daß die Betroffenen diesen Rückhalt nicht haben, war der Firma bekannt. Sie setzte die Leute rigoros aufs Pflaster in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit unseres Berufes durch die Aussperrung und ihre Folgen, durch den brutalen Herrenstandpunkt der Schutzverbandsmacher, überaus groß ist. Das aber ist ganz besonders bezeichnend! -/.

### Die Frauenfrage im Kunstgewerbe.

Die Artikel »Köstliche Naivität« und »Einseltige Bestrebungen in unseren weiblichen Berufskreisen« müssen der gesamten Kollegenschaft zu denken geben, und die Nr. 15 unserer »Gr. Pr.« müßte jedem Kollegen zeigen, wohin die Fahrt ginge, wenn wir unsere gute Organisation nicht hätten. Hunderte von männlichen Arbeitern liegen auf der Straße, und so mancher graphische Arbeiter kann sich bei der unsicheren Existenz keinen eigenen Hausstand gründen, selbst wenn er es wollte. Im Arbeiterstande, dem sogenannten vierten Stande in der Weltgeschichte, wird die Frauenarbeit vom Unternehmertum nur bevorzugt, um die »teure« Arbeitskraft des männlichen Arbeiters zu verdrängen und sie durch die *billigere* weibliche zu ersetzen. Im dritten Stande hält man gute, scharfe Wacht, daß die Frauenfrage in die richtigen Bahnen gelenkt und dem bürgerlichen Künstler, Gelehrten oder Kunstgewerbetreibenden keine billigere weibliche Konkurrenz geschaffen wird. Wir lesen da in einem Werke von Thomas-San-Galli u. a. folgendes:

»Allerdings drängen nun unsere traurigen sozialen Verhältnisse dazu, daß auch der Durchschnitt, nicht nur die außergewöhnlich begabte, die männliche Frau die Kunst als Beruf ergreift. Diese Frauen suchen sofort eine Organisation. Als gutes Resultat unserer jetzigen Frauenbewegung sollte bestehen, daß künftig unterrichtete Frauen als bisher an

der Seite des Mannes stehen, daß eine wissende Mutter ihre Kinder erzieht, aber der ungesunde Hang des jugendlichen Weibes, gleich dem Manne um Lohn zu arbeiten, sollte nicht unterstützt werden. Man hat ja im vierten Stande die Erfahrungen gemacht, wohin es kommt, wenn das Weib arbeiten muß. Die Aufgabe des modernen Weibes, der Frauenbewegung wäre nicht, durch weibliche Konkurrenz den Lohntarif herabzusetzen zu helfen — den Mann also materiell zu schädigen, mit der geistigen Konkurrenz wird er es immer aufnehmen können! — sondern im Gegenteil darauf hinzuwirken, daß die Frau nicht nach Brot zu gehen braucht, weil der Mann genug verdient, um eine Frau, eine Familie allein erhalten zu können. Die Frauenbewegung sollte eine Bewegung für die bessere Entlohnung des Mannes sein!\*

So schreibt ein bürgerlicher Künstler, und man wird in der bürgerlichen Klasse, dem dritten Stande der Weltgeschichte, die Beobachtung machen können, daß auch danach gehandelt wird. Fabrikantentöchter werden ebensowenig in Porzellanfabriken als Arbeiterinnen zu finden sein, wie Kunststaltbesitzerstöchter als weibliche »Lehrlinge« für Lithographie und Photographie. Nein, wir kennen Fabrikbesitzerstöchter, die zwar gute Malerinnen, ja sogar Künstlerinnen sind, aber in Porzellanfabriken sitzen sie nicht, ebensowenig wie in Kunststalten oder Schokoladenfabriken, und auch nicht in Spielwarenfabriken. Dafür kennen wir aber Porzellanfabriken, in denen ein großer Teil der männlichen Arbeiter durch billigere weibliche so nach und nach ersetzt wurde, und in denen nun die männlichen Arbeiter solcher Fabriken einen ganz erbärmlichen Lohn haben, soweit sie nicht überhaupt ganz brotlos geworden sind im sog. »gelernten« Berufe! Solche Zustände sind aber nur dort anzutreffen, wo die berufliche Organisation entweder gar nicht oder nur schwach vertreten war. In Orten, wo fast alle Arbeiter der betreffenden Industrie organisiert sind, bestehen auch noch annehmbare Verhältnisse und bessere Löhne. Das, Kollegen, muß uns zur Warnung dienen! Haltet fest und treu zu eurer Organisation und laßt euch durch nichts davon abbringen! S.

## Gautag in Cöln a. Rh.

Am Ostersonntag und -Montag (7. und 8. April) hielt der Gau IV in Cöln seinen Gautag ab. Anwesend waren 30 Delegierte. Der Hauptvorstand war durch Kollegen Sillier vertreten. Als Gäste waren anwesend je ein Vertreter des Buchbinder- und des Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterverbandes, Zahlstellen Cöln. Kollege Bauknecht eröffnete den Gautag und begrüßte die Delegierten und Gäste im Namen des Gauvorstandes und der Mitgliedschaft Cöln. Er berichtete, daß sich der Gautag in Düsseldorf 1905 mit dem Lehrlingswesen zu befassen hatte. Der nächste Gautag 1910 galt der Vorbesprechung und Statutenberatung zur Hamburger Generalversammlung. Erst der diesjährige Gautag könne sich mit den internen Angelegenheiten des IV. Gau's befassen. Zu diesem Zwecke seien auch zwei Tage dafür angesetzt, wozu der Hauptvorstand seine Zustimmung gab. Bei der Bureauwahl wurde Kollege Bauknecht (Cöln) als erster, Kollege Fuchs (Crefeld) als zweiter Vorsitzender und Kollege Reimer (Cöln) als Schriftführer gewählt.

Sodann wurde der Bericht über die Tätigkeit des Gesamtvorstandes in den letzten zwei Jahren, der gedruckt vorlag, durch Kollegen Bauknecht noch mündlich erläutert und ergänzt. Der Berichterstatter führte u. a. aus, daß die Gaukasse nicht gut bestellt sei und deshalb stets Zuschuß aus der Gaukasse benötige; denn der Gau sei, so viel Städte er auch umfasse, doch klein an Mitgliederzahl, da die kleineren Betriebe mit wenigen Kollegen vorherrschend seien. — Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern werde erst auf öftlichem Wege den berechtigten Forderungen der Gehilfen Geltung zu schaffen versucht. Nur wenn das ergebnislos bleibt, werden weitere Schritte getan. Diese Taktik hat sich stets gut bewährt. — Aus der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre wies er nach, daß die Löhne mit der Steigerung der Lebensmittel- und Mietspreise nicht in Einklang zu bringen sind, sodaß versucht werden müsse, für die Kollegenschaft Verbesserungen der Lebenslage zu erreichen. Er rügte dabei die Ansicht vieler Kollegen, daß, wenn sie organisiert sind, nun der Verband alles für sie machen solle, sie selber aber nichts dazu beizutragen brauchten und die Hände müßig in den Schoß legen könnten; dieselben Leute machen dann noch der Leitung Vorwürfe, wenn einmal nicht alles nach Wunsch geht, und sie treten schließlich noch aus, weil angeblich der Verband für sie keine Verbesserungen erringen könne. Dies sei eine falsche Auffassung; jeder Kollege kann und muß selbst daran mithelfen, seine Verhältnisse zu bessern. Ebenso irrig ist es, gleich loszuschlagen zu wollen, wenn viel Arbeit vorhanden ist. Vielfach bleibt dann diese Arbeit liegen, bis die Bewegung zu Ende ist. Allerdings müsse die Konjunktur berücksichtigt und von diesem Gesichtspunkt aus über jede Bewegung von Fall zu Fall entschieden werden. Vor allen Dingen müsse man die Verhältnisse solcher Orte zu heben versuchen, wo sie am meisten darniederliegen. — Ein scharfes Wort dürfe auch nicht gleich übergedeutet werden; es sei oft unvermeidlich, um zum Ziel zu gelangen. — Der Gauleitung sei es gelungen, an

Betriebe heranzukommen, in denen früher die Vertreter des Verbandes zurückgewiesen wurden; jetzt wurden sogar gute Zustände erreicht, wenn alle auf dem Posten sind und Führung und Kollegen Hand in Hand gehen. — Um eine Mitgliedschaft gesund zu erhalten, sei zu empfehlen, daß der Mitgliedschaftsvorstand in seinen Sitzungen alles, was in der Versammlung besprochen werden soll, erst gut vorbereitet, auch wenn die Zahlstelle klein ist. Ferner müßten geeignete Kollegen für die Hausagitation gefunden werden. Diese sei nötig, da viele kleine Betriebe mit einem oder zwei Gehilfen vorhanden sind, an die man schwer herankommt. Allerdings sei diese Art Agitation schwieriger und sie erfordere daher gute, geeignete und zuverlässige Kollegen. Daher sollten Vertrauensmännersitzungen und Extraversammlungen zur Beratung dieses wichtigen Agitationsmittels abgehalten werden. Die durch die Hausagitation gewonnenen Kollegen schließen sich oft fester an den Verband an als solche, die sich erst im Drange des Augenblicks organisieren.

Die Statistik ergab, daß sich der Durchschnittslohn im Gau seit 1908 bei den Lithographen um 1,06 Mk. und bei den Steindruckern um 1,63 Mk. gehoben hat. Die Arbeitszeit wurde bei den Lithographen um 1 Proz. und bei den Steindruckern um 0,6 Proz. verkürzt. Die Mitgliederzahl hat sich ebenfalls gegen früher gehoben. Im allgemeinen haben sich die Verhältnisse verbessert, und wenn die Kollegen zusammenstehen, wird sich noch manches erreichen lassen, denn es gibt noch vieles im Gau zu tun. Zum Schluß besprach Kollege Bauknecht noch die Bewegung in Aachen und das Verhalten der Kollegen bei der die Steduhr betreffenden Bewegung in Essen.

In der Diskussion über den Bericht wurde von den Vertretern aus Düsseldorf, Dortmund und Cöln das Gebaren der Essener Kollegen als unkorrekt bezeichnet. Der Delegierte aus Essen wies diesen Vorwurf zurück und führte aus, die Haltung der Essener Kollegen habe sich aus der Stellungnahme des Hauptvorstandes in dieser Sache und aus dem Verhalten des früheren Vorsitzenden von Essen ergeben. Kollege Sillier stellte darauf den Standpunkt des Hauptvorstandes fest. — Die weitere Diskussion über den Bericht ergab, daß die in den letzten Jahren geleistete Arbeit zufriedenstellend war, wenn auch manches anders ausgefallen sei, als Kollegen und Leitung es wünschten. Von verschiedenen Delegierten wurde betont, daß man mit den Ausgaben für Agitationszwecke nicht so sparsam sein solle, da sie sich stets gut rentieren. Auch bemängelte man, daß schriftliche Sachen oft an die Kassierer gesandt werden und nicht an die Vorsitzenden. Das gelte besonders vom Hauptvorstande, der daher darauf hinwirken solle, daß in Zukunft sämtliche Verbandssachen nur an die Vorsitzenden gesandt werden; dadurch werden Unliebsamkeiten und Verzögerungen verhindert. Ferner wurde festgestellt, daß es in verschiedenen Städten an geeigneten Kollegen zur Agitation fehle. — Auch der Ausgang der letzten Bewegung wurde besprochen; die allgemeine Ansicht ging dahin, daß das Erreichte mit den Kosten nicht in Einklang zu bringen sei und daß man mehr erwartet hätte. Man solle die gesammelten Erfahrungen das nächste Mal besser verwenden. Ferner müsse darauf gesehen werden, daß man die Kollegen, die infolge der Bewegung vom Verband abgesprungen sind, wieder gewinnt.

Einige Anträge wurden dem Hauptvorstand und der Gauleitung zur Berücksichtigung und als Material überwiesen, andere der nächsten Generalversammlung anheimgestellt. Mehrere Anträge fielen unter den Tisch, weil sie statutenwidrig oder zu bureaukratisch waren.

Ein gut ausgeführtes Referat gab hierauf Kollege Gruschke - Düsseldorf über »Arbeitsnadelweis und Auskunftskarte«. Er bemängelte dabei, daß in diesen Fragen sehr viele Kollegen sündigen und sich und anderen dabei schaden. In den Verwaltungen müsse man darauf dringen, daß beide Verbandseinrichtungen streng beachtet werden. Desgleichen müsse man bei Zuwerdung strenger Disziplin üben, damit sich die Kollegen in Zukunft an die Verbandsinstitutionen gewöhnen und diese befolgen.

Aus der Diskussion ergab sich, daß viele Kollegen die Auskunfts Karte ganz ignorieren oder erst anfragen, wenn sie das Engagement schon in der Tasche haben. Dieses Gebaren sei zu verwerfen. Von Fall zu Fall müsse von den Mitgliedschaftsvorständen geprüft werden, ob den betreffenden Kollegen Unterstützung ausbezahlt werden soll oder nicht.

Unter Verschiedenem wurde u. a. angeregt, daß sich die Kollegen mehr und mehr den Konsumgenossenschaften anschließen sollten; das sei von sehr großem Nutzen. — Ferner sollte zur Unterstützung größerer Bewegungen eine wöchentliche Kopfsteuer an die Generalkommission eingeführt und ein Fonds zu diesem Zwecke begründet werden. Kollege Sillier sagte dazu, daß sich die Gewerkschaftskongresse schon damit befaßt haben und noch einige Jahre bis zu dieser Einführung vergehen werden.

Damit war die Arbeit des Gautages erledigt. In seinem Schlußwort resümierte Kollege Bauknecht, daß der Gautag wichtige Fragen eingehend erörtert habe. Er sei von einem einheitlichen Willen

beseelt gewesen und werde dadurch ein einheitliches Wirken auslösen. Mit dem Dank an die Delegierten für ihre Mitwirkung wurde sodann die denkwürdige Tagung geschlossen. R.

## Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lithographenbundes.

Die alljährlich während der Osterfeiertage stattfindende Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lithographenbundes tagte diesmal am 7. und 8. April im Kantonsratssaale in Herisau. Die 12 Verbandssektionen entsandten 24 Delegierte, die 862 Mitglieder zu vertreten hatten. Neben diesen waren noch anwesend je ein Vertreter des Schweizerischen Typographenbundes und des Hilfsarbeiterverbandes. Das Internationale Sekretariat und der deutsche und österreichische Bruderverband, sowie der Schweizerische Gewerkschaftsbund ließen ihr Nichterscheinen entschuldigen und wünschten der Tagung auf anderem Wege bestes Gelingen.

Jahresbericht und Jahresrechnung, die wir bereits in Nr. 14 der »Graph. Presse« eingehend besprochen haben, wurden einstimmig gutgeheißen. Im Anschlusse an beide Punkte entwickelte sich eine recht lebhaftige Debatte. Denn einmal gab das Verhalten der Sektion Vevey, die im August letzten Jahres dort in einem größeren Betriebe eigenmächtig und wider den ausdrücklichen Willen des Zentralvorstandes eine Arbeitseinstellung inszenierte, Stoff zu einer gründlichen Aussprache, die, wie es nicht anders erwartet werden konnte, das Resultat zeitigte, daß die Delegiertenversammlung die Haltung des Zentralvorstandes billigte und das undisciplinierte Verhalten der Sektion Vevey verurteilte. Weiter lagen im Anschlusse an die Genehmigung der Jahresrechnung zwei Subventionsgesuche vor. Das eine wurde vom Hilfsarbeiterverband gestellt und lautete auf 200 Fr., um mit dieser und der Hilfe des Schweizerischen Typographenbundes zur Errichtung eines Zentralsekretariates schreiten zu können. Das andere Subventionsgesuch ging von der Sektion Zürich aus, die mit Hilfe des Gesamtverbandes seit Jahresfrist ein Lokalsekretariat unterhält und sich nun veranlaßt sah, sich auch für die Zukunft die letztes Jahr gewährte Unterstützung zu sichern. Die Delegiertenversammlung bewilligte der Sektion Zürich 700 Fr. mit der Bedingung, daß dann in diesem Falle an Stelle des Zentralsekretärs der Lokalbeamte die Redaktion des Verbandsorgans zu besorgen habe. Eine Anzahl Kollegen, die im Laufe des Berichtsjahres in den Verband eingetreten waren, aber die im Statut festgesetzte Altersgrenze bereits überschritten hatten, wurden unter Auferlegung von zum Teil verlängerten Karenzenzeiten definitiv in alle Unterstützungskassen aufgenommen.

Außerdem beschäftigte sich die Delegiertenversammlung noch mit verschiedenen vom Zentralvorstande und den Sektionen gestellten Anträgen, die kleinere Abänderungen der Statuten bezweckten. Mit großer Mehrheit wurde unter anderm ein Antrag des Zentralvorstandes angenommen, der dahin geht, der Verband möchte sich mit einem Beitrag von 5—6000 Fr. an der Errichtung einer Ferienhütte im Hochgebirge beteiligen. Damit will man den Mitgliedern Gelegenheit verschaffen, ihre Ferien billig, in reiner Gebirgsluft und unmittelbarer Nähe großer Gletscher verbringen zu können. Als Sitz des Verbandes wurde wiederum für ein Jahr Bern bestimmt und als Ort für die nächste Delegiertenversammlung Aarau bezeichnet.

Auf Grund des die Redaktion des Verbandsorgans betreffenden Beschlusses der Delegiertenversammlung trat mit der am 27. April erschienenen Nr. 17 des »Senefelder« der bisherige Redakteur, Verbandssekretär Kollege Greuter in Bern, von der Redaktion zurück. Die nunmehr von dem Sekretär der Mitgliedschaft Zürich unseres Bruderverbandes in der Schweiz, Kollegen Emil Raschke, Volkshaus, Zürich III, übernommen worden ist. Hoffen wir, daß der »Senefelder« auch unter der neuen Leitung ein wackerer Kämpfer für die Interessen der Kollegenschaft sein und bleiben wird. X

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

## Verbandstag der deutschen Kunstgewerbezeichner.

Während der Ostertage hielt der Verband deutscher Kunstgewerbezeichner, der seinen Sitz in Berlin hat, seinen zweiten Verbandstag in Plauen i. V. ab. Anwesend waren 20 Delegierte, ferner die Vertreter des Zentralvorstandes, sowie eine Anzahl Vertreter befreundeter Organisationen; darunter Keel aus St. Gallen vom Ostschweizer Kunstgewerbezeichner-Verband, Rob. Schmidt aus Berlin von der Generalkommission der Gewerkschaften, Lüdemann aus Berlin vom Bund der technisch-industriellen Beamten und Lange aus Berlin vom Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe. —

Der Verband bezweckt den Zusammenschluß aller kunstgewerblichen Zeichner und Zeichnerinnen zur Wahrung und Förderung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und künstlerischen Interessen; er nimmt als Mitglieder auch graphische Zeichner auf. Seit dem letzten Verbandstag hat er erfreuliche Fortschritte gemacht: die Mitgliederzahl ist von 1607 auf 2231 gestiegen. Der Verband hat an verschiedenen Orten für seine Mitglieder Verkürzung der Arbeitszeit, Gehaltserhöhungen, Ferien und andere Verbesserungen erzielt. An Unterstützungen wurden in den letzten beiden Jahren 11 780,73 Mk. ausbezahlt. Es sind in der Hauptsache Stellenlosenunterstützungen, jedoch sind auch 304 Mk. für Gemäßregelungenunterstützung und 1680 Mk. für Streikunterstützung darunter. Diese Art Unterstützung ist im Verbandsstatut nicht vorgesehen, und es ist auch das erste Mal seit Bestehen des Verbandes, daß Streikunterstützung ausbezahlt wurde. Der Vorstand unterstützte sich bei der Bewilligung darauf, daß das Statut zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder verpflichtet. Es handelt sich hier um 10 Mitglieder in Leipzig, die durch unseren großen Kampf der Lithographen und Steindrucker in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Diese Ausgabe wurde vom Vorstandstag einstimmig gutgeheißen.

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes kam u. a. zur Sprache, daß es sich im verflochtenen Kampf der Lithographen und Steindrucker als unliebsam gezeigt habe, daß ein Teil graphischer Zeichner im Kunstgewerbezeichner-Verband und der größte Teil im Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe organisiert ist. Da es im Interesse der Einheitlichkeit des Berufes erwünscht ist, daß auch nur eine Organisation vorhanden ist, sollen die beiden Hauptvorstände zu diesbezüglichen Verhandlungen zusammentreten. — Der Verlauf der ganzen Beratungen des Vorstandstages zeigte, daß man sich bemüht, im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein. Bei dem Tagesordnungspunkt: »Die gewerkschaftlichen Kampfmittel der Angestellten und das Verhältnis der Angestellten zur Arbeiterbewegung« legte der Referent, Verbandsvorsitzender Weiß, eine Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde. In der Resolution wurde die organisierte Selbsthilfe (Boycott, Sperren, passive Resistenz und Streiks) empfohlen. — Der Zentralvorstand wurde beauftragt, bei eventuellen Lohnkämpfen Streikunterstützung ausbezahlen und dem nächsten Verbandstag auf Grund der Erfahrungen Vorschläge zur Regelung der Streikunterstützung wie auch zur Deckung der Ausgaben zu machen. Man sah nur deshalb davon ab, diesbezügliche Beschlüsse zu fassen, weil die Mitglieder nicht für eine Beitragserhöhung zu haben wären. — Weitere Tagesordnungspunkte waren: »Sind im Zeichnerberuf Tarifverträge möglich?« (Diese Frage wurde vom Referenten bejaht, wobei er zunächst die Schaffung von Orts- oder Bezirkstarifen empfiehlt.) »Der Einfluß der Arbeitsteilung auf die Berufsverhältnisse der Kunstgewerbezeichner.« und »Die Zeichner und die Pensionsversicherung.« Der Referent des letzten Punktes bemerkte u. a., daß es noch zweifelhaft sei, wie weit die Zeichner als unter das Gesetz fallend betrachtet werden. Die ganze Aufmerksamkeit soll darauf gerichtet werden, die winzigen Rechte, die das Gesetz den Versicherungspflichtigen bietet, nach Kräften auszunützen. Man könne vielleicht auch zu diesem Zweck eine Arbeitsgemeinschaft bilden, die die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände und auch die Arbeitergewerkschaften unter Hinzuziehung der Arbeitersekretariate umfassen. — Nach Erledigung einer Reihe von Anträgen zum Statut und zum Unterstützungswesen wurden dann noch »Anstellungsbedingungen und Gehaltsskalen für die Angestellten des Verbandes« beraten. Das Gehalt der leitenden Beamten der Zentralverwaltung wurde wie folgt festgesetzt: Anfangsgehalt jährlich 3000 Mk., steigend bis zum Endgehalt von 4500 Mk. Die Gauleiter erhalten als Anfangsgehalt jährlich 2100 Mk., steigend bis 3600 Mk. Die Höchstgehälter sind nach 10 Jahren erreicht. Der bezahlte Feriurlaub beträgt nach einjähriger Dienstzeit 3 Wochen und nach 5 Jahren 4 Wochen. — Als 1. Vorsitzender wurde Weiß in Berlin, als zweiter Vorsitzender Steinert in Berlin und als Gauleiter für Sachsen und Thüringen Heini in Plauen einstimmig wiedergewählt. P. L.

**Aus den Sektionen.**

**Berlin.** Am 17. April fand unsere Monatsversammlung statt. Der Besuch war sehr erfreulich. Kollege Barthel sprach über: *Zentraltarif und Schutzverband.* Er ging aus von unserer Halleschen Generalversammlung 1901, wo die Tarifrage zum ersten Male eingehend besprochen und ein Beschluß gefaßt wurde, der klar erkennen läßt, daß schon vor 10 Jahren die Kollegen bereit waren, Tarife abzuschließen. Alle später stattgefundenen Generalversammlungen haben den gleichen Standpunkt eingenommen. Auch sei der Tarifgedanke in unseren Branchen bereits verwirklicht worden, so bei den Chemigraphen, Kupferdruckern, Lithographen, Formstechern; auch im Lithographie- und Steindruckgewerbe wurden in vielen Orten bereits Tarife abgeschlossen. Der Verband habe dadurch bewiesen, daß er ernstlich versuche, den Tarifgedanken zu verwirk-

lichen, und er habe auch bisher bewiesen, daß er tarifliche Vereinbarungen einhalte. Durch den letzten großen Kampf sei der Tarifgedanke wieder neu belebt worden, auch in den Reihen der Unternehmer. Seitens des Schutzverbandes wurde einigen Hauptvorstandskollegen die Frage gestellt, wie sich die Gehilfenschaft zum eventl. Abschluß eines Tarifes stelle. Eine Gauvertreter-Konferenz habe sich am 10. März mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Bei dieser Konferenz wurde aus allen Teilen des Reiches festgestellt, daß die Schutzverbandsfirmen die Vereinbarungen vom 27. Januar nicht so einhalten, wie es Treu und Glauben voraussetzt. Mit vollem Recht haben deshalb die Gauvertreter die Bedingungen aufgestellt, die in einer Resolution niedergelegt sind. Es wäre eine Pflichtvergessenheit gewesen, hätten die Gauvertreter anders gehandelt. Die Gründe, die der Schutzverband zur Ablehnung des Tarifes jetzt anführt, sind nur Verlegenheitsgründe. Nachdem Kollege Barthel noch ausführlich die organisationsfeindlichen Handlungen mehrerer Schutzverbandsfirmen gekennzeichnet hatte, wurde nach reger Debatte folgende Resolution angenommen: »Die Versammelten erklären nach eingehender Debatte bezüglich der Frage eines Zentraltarifs für das deutsche Steindruckgewerbe folgendes: 1. Die Forderungen der Gauvertreterkonferenz vom 10. 3. 12. stellen das Mindestmaß dessen dar, was die Berliner Kollegenschaft als Grundlage eines eventl. abzuschließenden Tarifes für unbedingt nötig erachtet. 2. Der Schutzverband hat durch sein Verhalten bewiesen, daß er zurzeit noch nicht tariffähig ist und daß er die Sicherung eines dauernden Friedens hintertreibt. 3. Die Kollegen haben die erste Pflicht dahin zu wirken, die Organisation der Gehilfen so zu stärken, daß sie in der Lage ist, zukünftigen Durchbrechungen der getroffenen Vereinbarungen seitens der Unternehmer, energischen Widerstand entgegenzusetzen.

**Der Steindrucker.**

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-Aluminium- und Notendrucker.

**Vorsicht beim Stellungswechsel!**

Beim Wechsel der Stellung ist größte Vorsicht dringend geboten. Besonders ist es unbedingt notwendig, daß man den festen Engagementsabschluß in den Händen hat, bevor man große Reisen macht, um eine Stellung, um die man sich bewarb, anzutreten. Das lehrt wieder einmal folgender Fall, der sich dieser Tage ereignete.

Mit der bekannten Firma August Jüttner in Saalfeld a. S. stand ein Steindruckerkollege längere Zeit in brieflichem Verkehr zwecks Engagements. Der betreffende Kollege hat sehr gute Zeugnisse und steht im besten Mannesalter, aber der Lohn, den er beansprucht, war der Firma »zu hoch«, wie das öfters vorzukommen pflegt. Die Firma schrieb also dem Kollegen nachstehenden Brief:

»Im Besitze Ihres Briefes vom 26. cr. teile ich Ihnen mit, daß ich nicht abgeneigt bin, Sie einzustellen, doch kann ich Ihnen nicht mehr als Mk. 28,— pro Woche zahlen. Falls Sie hiermit einverstanden sind, wollen Sie mir umgehend Bescheid geben.«

Der Steindruckerkollege teilte daraufhin sofort der Firma August Jüttner in Saalfeld a. S. mit, daß er die Stelle antreten werde.

Als in seiner bisherigen Stellung die Kündigungsfrist herum war, packte er seine »sieben Sachen« zusammen und dampfte wohlgenut saaleaufwärts, logierte sich in Saalfeld ein und ging am Montag früh pünktlich ins Geschäft, um seine neue »Lebensstellung« anzutreten. In dem Kunststempel in der »Senefelderstraße« wurde ihm aber sofort bedeutet, daß er ja garnicht von der Firma engagiert sei.

Der Steindruckerkollege war bei dem schlechten Aprilwetter wie aus den Wolken gefallen und kam aus dem Staunen gar nicht heraus. Sollte er tatsächlich von der Firma nur in den April geschickt worden sein?! Doch des Rätsels Lösung fand sich in dem Kopierbuch der Firma, demselben »Blaubuch«, durch das auch nach der Aussperrung »bewiesen« wurde, daß man für seinen ausgesperrten früheren Oberüberdrucker schon vor Beendigung der Aussperrung einen auswärtigen (!) Gehilfen engagiert habe, sodaß man den ausgesperrten nicht wieder einstellen könne, da seine Stelle besetzt sei; tatsächlich erfolgte diese Besetzung trotz der Kopie im Blaubuch nicht durch den angeblich engagierten auswärtigen Gehilfen, sondern durch einen Saalfelder, der persönlich in der Firma vorsprach. Diesmal enthielt nun das Blaubuch eine Postkarte an den Steindruckerkollegen des Inhalts, daß er nicht engagiert sei. Der Kollege, der bisher alle Briefe und Postkarten dieser und anderer Firmen erhalten hatte, wunderte sich, daß gerade diese Absagekarte nicht an seine Adresse gelangte, obwohl sie doch im Kopierbuch steht! Sie muß also jedenfalls auf der Post verloren gegangen sein.

Der Steindruckerkollege stand nun da »mit das Talent und konnte es nicht verwerten«. Wohl über mußte er den Kunststempel wieder verlassen und, da sich im Städtchen andere Arbeitsgelegenheit nicht bot, wieder abdampfen.

Nach unserer unmaßgeblichen Meinung konnte die Firma dem Kollegen die für ihn so äußerst wichtige Mitteilung auch *brieflich* machen; denn Briefe

gehen doch weniger leicht verloren wie Postkarten, die sich in offenen Drucksachsendungen sehr leicht verfangen können, wie die Erfahrung lehrt. Aber bei der ständigen Suche nach billigen Arbeitskräften würde natürlich das Briefporto für jede derartige Absage wahrscheinlich zu teuer sein; man hilft sich daher mit den billigeren Postkarten und der Gehilfe, der das Engagement schon in der Tasche zu haben glaubte, hat das Nachsehen. Er sollte daher lieber vorsichtiger sein und das Porto für eine einmalige Anfrage nicht scheuen, wenn er vor schwerem Schaden bewahrt bleiben will. S

**Die photomech. Fächer.**

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

**Aus den Sektionen.**

**Hamburg. (Chemigr.)** Unsere Versammlung vom 23. April beschäftigte sich auch mit der Essener Differenz. Insbesondere wurde die Haltung der vier Essener Kollegen, die wieder in die Firma Girardet eingetreten sind, aufs schärfste getadelt. Diese Kollegen hielten es, trotzdem sie die Bewegung gebilligt hatten und auch schon anderweitig in Stellung waren, mit ihrer Ehre vereinbar, obiger Firma ihre geschätzte Kraft wieder zur Verfügung zu stellen. Wir nageln dies besonders fest, da sich bis dahin kein Kollege bereit erklärt hatte, in der Firma zu arbeiten. Nun wird uns sogar noch mitgeteilt, daß diese Kollegen dem Ortsvorstand angehören. Im Interesse unseres Verbandes wäre es wohl angebracht, solche Vorstandsmitglieder nicht zu dulden. Erst sollen sich diese Herren bemühen, das Wesen einer Organisation richtig zu erfassen und danach zu handeln. Unsere Interessen erfordern ganze Männer, die auch im gegebenen Moment das nötige Rückgrat zeigen. Unter den jetzigen Verhältnissen kann ja kein überzeugter Kollege diesem Vorstand Vertrauen entgegenbringen. Ebenso ist es keinem Kollegen zu verargen, wenn er in solchen Anstalten keine Stellung annimmt. — Ferner wurde das Urteil des Schiedsgerichts scharf kritisiert. Es ist doch klar, daß bei derartigen Streitigkeiten in den meisten Fällen Stimmengleichheit herrscht und damit die Klagen der Gehilfen abgelehnt sind. Unserer Auffassung nach war das Schiedsgericht überhaupt nicht kompetent, in dieser Frage zu entscheiden, da letztere nur bei Neuabschluß des Tarifes geregelt werden könnte. Die Aufrollung dieser Frage während der laufenden Tarifperiode ist geeignet, Beunruhigung in die Kreise der Gehilfenschaft zu tragen, da die Einführung einer Steduhr ohne weiteres als eine große Verschlechterung von allen Kollegen aufgefaßt werden wird. Sollten sich noch mehr Firmen finden, die die Einführung einer Steduhr beabsichtigen, so würde sich die Essener Sache nur wiederholen und damit eine fortgesetzte Schädigung der Organisation und der betroffenen Kollegen entstehen. Die Hamburger Kollegen betrachten diese Sache noch nicht als erledigt und richten deshalb das Ersuchen an die Chemigraphen Deutschlands, sich mit der Essener Kontrollfrage nochmals zu befassen und ihre Meinung in dieser Sache öffentlich zu äußern.

**Die Tapetenbranche.**

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachwieseführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

**Aus den Sektionen.**

**Bramsche.** Am 13. April hielt unsere Filiale ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Aus dem Bericht des Kartelldelegierten ging hervor, daß die Gewerkschaftsbibliothek recht wenig in Anspruch genommen wurde. Die Kollegen wurden ermahnt, sich diese Bildungsgelegenheit reger als bisher nutzbar zu machen. Sodann wurden die Vorbereitungen zur Maifeier bekannt gegeben. Näher darauf einzugehen, erübrigt sich, da der Bericht erst nach dem 1. Mal in unserm Blatte erscheint. Bedauert wurde ferner, daß aus unsern Branchefilialen so herzlich wenig an die »Gr. Pr.« berichtet wird. Es ist wohl angebracht, daß sich die Kollegen reger an der Berichterstattung beteiligen, damit alle Mitglieder auf diese Weise ständig über die Stimmung in den einzelnen Zahlstellen unterrichtet sind. Zum Schluß wurde noch eine Lohnstatistik aufgenommen. Bei der Firma L. Weber sind 17 Stedcher beschäftigt. Der Höchstlohn beträgt 31,86 Mk., der Mindestlohn 22,68 Mk., der Durchschnittslohn 27,84 Mk.

Ich will von innerstem Herzen wünschen, daß die höchsten Ziele der Arbeiterbewegung erreicht werden, ich brauche nicht zu sagen, daß veränderte Lebensbedingungen für die Arbeiter: Licht, Luft, Schönheit, genügende Ruhe, gute Löhne, Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten, eine Kulturvoraussetzung sind. All das kann nur durch Kampf gewonnen werden und jeder, der diese Notwendigkeit nicht einsieht, kann nur ein mittelmäßiger Arbeiter für die Zukunft sein. Ellen Key vor Wiener Arbeitern.



# Feuilleton.

## Erwache und kämpfe.

Du schläfst noch, teilnahmsloser Gesell?  
 Wenn rings die Welt in Waffen steht,  
 Wenn neues Hoffen, wenn Frühlingsahnung  
 Flüsternd durch alle Lande geht:  
 Du schläfst?

Wach auf und sieh in die kämpfende Welt  
 Und sieh der Arbeit stolze Wehr.  
 Das Volk der Arbeit sammelt sich,  
 Du müder Schläfer, wir rufen auch dich  
 Zu der Arbeit trotzigen Weltentwehr:  
 Steh auf!

## Die Bayrische Gewerbeschau 1912 in München

weicht in ihrem Charakter von dem herkömmlichen Ausstellungstyp beträchtlich ab. Sie ist nicht eine Aufstapelung von prunkvollen Ausstellungsobjekten und von luxuriösen Schaustücken, zu denen man kein herzliches Verhältnis finden kann; sie ist vielmehr eine Ausstellung mit sozialen Zielen, die für alle und für jeden etwas bedeutet: Eine Ausstellung, bei der nicht die Weltfirmen unumschränkt vorherrschen, sondern bei der auch der Kleinarbeit, sofern sie nur gediegen, materialgerecht und interessant in der Formgebung ist, breiter Spielraum gewährt ist.

Die »Bayrische Gewerbeschau« hofft dadurch der Allgemeinheit am meisten zu dienen und eine wahrhafte Förderung der materiellen Kultur zu bewirken, das sie anknüpft an die Forderungen des Tages. Nicht allerlei »ausgefällene« Dinge, Gerätschaften des exponiertesten Komforts, will sie zeigen, sondern Gegenstände des Alltags, Massenerzeugnisse, Dinge, deren jeder im täglichen Gebrauch bedarf; Alles also und doch gewissermaßen Neues, denn erlesener Geschmack und künstlerische Gestaltung sollen auch das kleinste Ding, das es auf der »Bayrischen Gewerbeschau« zu schauen gibt, veredeln. Wir alle wissen, daß ein unendliches Bedürfnis nach Geschmack und Schönheit im Volke in stetigem Wachsen ist, und daß nur der Gegenstand (und sei er so unscheinbar als möglich!) sich »volkstümlich« nennen darf, an dessen Herstellung mit Kunstsinne und Geschmack herangetreten wird. Die Bayrische Gewerbeschau glaubt dann ihre Aufgabe erfüllt zu haben, wenn jeder, der zum Tor der Ausstellung hinausschreitet, in seiner Geschmacksbildung und in seiner Anschauung von Qualitätsarbeit durch diese Schau eine Bereicherung erfahren hat. Man soll endlich einmal einsehen, daß es nicht nötig ist, seine Möbel, seinen Wandschmuck, seine Hausgerätschaften aus Bazaren und Ramschmagazinen zu beziehen: um den gleichen Preis gibt es, von stabilen Geschäften und tüchtigen Meistern hergestellt, Gegenstände, die allen Anforderungen des Geschmacks, der Materialgediegenheit und der handwerklichen Solidität genügen.

Erzeugnisse dieser Art zeigt die Bayrische Gewerbeschau in ihren mächtigen Hallen, die, von Künstlerhand gestaltet und geschmückt, einen würdigen Rahmen für die Qualitätsausstellung abgeben. Alle die kleinen und heimlichen Künstler in bayrischen Dörfern — mögen sie nun unter den Holzschnitzern in Oberammergau oder Berchtesgaden, unter den Geigenmachern von Mittenwald, unter den Töpfern der Oberpfalz, unter den Glasbläsern

im bayrischen Wald oder unter den Korbflechtern Oberfrankens sitzen — kommen zu Wort, und es wird eine Art Verbrüderung zwischen Kunst und Handwerk gefeiert. Daneben fehlt natürlich auch die größere Industrie nicht: u. a. schickt Augsburg seine Textilien, ist Mittelfranken durch seine hochentwickelte Spielwarenbranche, Oberfranken durch seine leistungsfähigen keramischen Betriebe, die Hauptstadt durch ihre zahlreichen kunstgewerblichen Werkstätten und Ateliers vertreten.

Daß für Qualitätsarbeit, wie sie die Bayrische Gewerbeschau zeigen will, ein so geringes Verständnis besonders beim städtischen Publikum besteht, hat nicht zuletzt seinen Grund darin, daß heute weiteste Kreise der Bevölkerung der Produktion fremd gegenüberstehen. Die gewerbliche Tätigkeit hat sich zurückgezogen in geschlossene, unzugängliche Werkstätten und Fabriken. Wie soll aber jemand an einem Ding seine Freude haben können, wie soll er es nach Wert oder Unwert zu beurteilen vermögen, wenn er nicht weiß, wie es entsteht? Aus dieser Erkenntnis heraus will die Bayrische Gewerbeschau 1912 in München den Versuch machen, in ihren Ausstellungshallen eine Reihe von Werkstätten einzurichten, in denen vor den Augen des Publikums gearbeitet wird. Vom Rohmaterial bis zum vollendeten Gegenstand von geschmackvoller Formgebung und von anmutigem Eindruck soll die Produktion verfolgt werden können. Komplizierte Betriebe müßten natürlich aus Rücksicht auf den beschränkten Raum und auf den Ausstellungscharakter ausgeschlossen bleiben, aber auch die einfacheren Betriebe werden, nicht zuletzt bei der Jugend, Interesse genug erwecken und aufklärend und geschmackbildend wirken.

Mehr als 20 Betriebe dieser Art gibt es auf der Bayrischen Gewerbeschau zu sehen; sie und die historischen Abteilungen mit ihrer Schau bester kunstgewerblicher Erzeugnisse unserer Vorfahren ergänzen das Gesamtbild der großen bayrischen Landesausstellung, bei der natürlich auch interessante Theateraufführungen, große Sportfeste und ein reichbesetzter Vergnügungspark nicht fehlen.

Beidem: geistiger Anregung und Belehrung, wie heiterer Zerstreung kommt die Ausstellung entgegen und da überdies für Arbeitnehmer, welche die Bayrische Gewerbeschau besuchen wollen, auf den bayrischen Staatseisenbahnen weitgehende Fahrpreismäßigungen gegeben werden, sollte der Besuch dieser Ausstellung nicht versäumt werden.

## Vom Büchertisch.

**Die Eisenbahn.** Von Prof. Dr. K. Schreiber. Mit 15 Abbildungen. (Naturwissenschaftlich-Technische Volksbücherei Nr. 3-5.) Theod. Thomas Verlag, Leipzig. 132 Seiten 16<sup>o</sup>. Preis 60 Pf.

Eine neue Volksbücherei beginnt im Verlage der Geschäftsstelle der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft e. V. Theod. Thomas in Leipzig zu erscheinen. Sie behandelt naturwissenschaftlich-technische Fragen und wird im Auftrage der Gesellschaft von Dr. Bastian Schmidt herausgegeben. Der Anfang ist vielversprechend. Zu den ersten beiden Bänden »Die Bakterien« von Dr. Hugo Fischer und »Wie unsere Ackererde geworden ist« von Dr. E. Blank hat sich jetzt als drittes das vorliegende Büchlein über »Die Eisenbahn« gesellt, das die Nrn. 3-5 der neuen Volksbücherei umfaßt. Es gibt jedem, der die Eisenbahn benutzt, eine kurze Darstellung der technischen Einrichtungen der Eisenbahn und ihrer Ausnutzung, so daß er sich jederzeit ein sachverständiges Urteil bilden kann. Wir wünschen so-

wohl dem vorliegenden Bändchen als auch der ganzen Bücherei weite Verbreitung, und zwar im Interesse der Bezieher selbst. ph.

**Die Elektrizität im täglichen Leben.** Von L. Wunder. Mit 15 Abbildungen. (Naturwissenschaftlich-technische Volksbücherei Nr. 10-12.) Theod. Thomas Verlag, Leipzig. 144 Seiten 16<sup>o</sup>. Preis 60 Pf.

Das Buch unterscheidet sich von allen bisher erschienenen volkstümlichen Darstellungen dadurch, daß es auch dem einfachen Mann aus dem Volk unbedingte Klarheit über die im täglichen Leben vorkommenden Fragen dieses Gebietes verschaffen will. Systematisch ist es nicht und kann es nicht sein, ebensowenig erschöpfend; aber der gebotene Stoff soll in tiefer Gründlichkeit und Wahrfähigkeit volkstümlich und anregend sein. Und diese Aufgabe wird in dem Büchlein trefflich erfüllt. o

**Rechenbuch für graphische Klassen** an gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen. Unter Mitwirkung von H. Neuschäfer, Direktor der Städtischen obligatorischen Fortbildungsschulen, herausgegeben von Ch. Mangold und Lithograph Th. Walter, hauptamtliche Fachlehrer an den Städtischen obligatorischen Fortbildungsschulen zu Frankfurt a. M. Zweiter Teil. Verlag von Franz Benjamin Auffahrt, Frankfurt a. M. 96 Seiten 9<sup>o</sup>. Preis 85 Pf.

Der zweite Teil dieses Rechenbuches schließt sich dem in der »Gr.Pr.« 1910, Seite 446 besprochenen und empfohlenen ersten Teil vollwertig an. Er behandelt die Arbeitslöhne, die Sicherstellung des Arbeiters gegen Notfälle des Lebens, die Mittel zur Arbeitsvermittlung, die Arbeiten zur Herstellung von Druckformen und die Arbeitsleistungen der Maschinen beim Hoch-, Flach- und Tiefdruck. Den beiden ersten Teilen soll demnächst noch ein dritter als Abschluß des Werkes folgen. B.

**Kinderschutz-Kommission** der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgegend. *Tätigkeitsbericht* für die Zeit vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 von H. Barenthin. Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68. 16 Seiten 8<sup>o</sup>.

Das Büchlein gewährt ein Bild regster Tätigkeit für den Kinderschutz durch Verbreitung aufklärender Flugblätter, Veranstaltung von Versammlungen und von Kontrollen über die Kindererwerbsarbeit. Bei einer derartigen Kontrolle wurden von 5 bis 8 Uhr morgens, also in 3 Stunden, nicht weniger als 3595 gewerblich tätige Kinder gezählt. In einer ganzen Reihe von Fällen gelang es der Kommission, durch gütliches Eingreifen und ohne Anrufung der Behörden die gewerbliche Kinderarbeit zu beseitigen und das Los der armen Kleinen zu erleichtern. Die ganze Wirksamkeit der Berliner Kinderschutz-Kommission kann der Arbeiterschaft anderer Städte als Muster und Vorbild dienen. ph.

**Die deutschnationale Arbeiterbewegung.** Von Karl Cermak. (Lichtstrahlen Nr. 22.) Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18. 24 Seiten 16<sup>o</sup>. Preis 10 Pf.

Die kleine Schrift ist ein Beitrag zur Erkenntnis des Treibens der deutschnationalen Zersplitterer der österreichischen Arbeiterbewegung. Das Büchlein wird viel zur Aufklärung über diese Verräter an ihrer Klasse beitragen, die gleich den Gelben in Deutschland eine Soldtruppe der Unternehmer sind. ph.

**Kosmos, Handweiser für Naturfreunde.** IX Jahrgang, Heft 4. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Frandk'sche Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeigaben 4,80 Mk.

## Zur Hälfte des Preises!

Nur soweit Vorrat. 1 Posten garantiert Prima Tangierfilms und Apparate, wunderbar glatt druckend, elastisch, straff, hohes Relief, äußerst durchsichtig, kein Braunwerden. F. Trommer, Leipzig, Gretsdelstraße 11.

## Chiffre-Inserate

finden im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.

## Stellenangebote

## Positiv-Retuscheure

erste Kräfte, in dauernde Stellung gesucht. Dr. Seile & Co, Berlin, Zossenerstraße 55. [150]

Einige tüchtige

## Autoätzer

zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart, Hadstraße 77 a. [240]

Einige tüchtige, gewandte

## Farb-Ätzer

werden sofort gesucht. Ausführliche Offerten erbitten [270] Löffler & Bock, G. m. b. H., Graph. Kunstanstalt, Beethovenstr. 1a., Stuttgart.

## Strich-Ätzer

Zum sofortigen Eintritt wird ein tüchtiger gesucht. Gefl. Offerten mit Angabe des Alters, der Gehaltsansprüche und unter Einsendung von Zeugnisabschriften an A. Gässler & Co., München, Schellingstraße 41. [270]

## Junger Reprod.-Photograph

für Schwarz, dem Gelegentlich geboten ist, sich auch für Farben auszubilden, in gut bezahlte Stellung schnellstens gesucht. KIRSTEIN & CO., Leipzig, Hospitalstraße 11 a. [240]

## Messingstecher Holzstecher

Mehrere tüchtige sowie einige werden durch den Arbeitsnachw. gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 24.III

## Verschiedenes

## Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen

(fachmännisch sortiert) ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 22

## Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- und Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

## Fachliteratur.

Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Frijtz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz.

## Verbandsnachrichten

Viel Glück im neuen Wirkungskreise unserem scheidenden Koll.

## Willy Meißner

wünschen die Kollegen der Firma

## Böhme & Co., Magdeburg.

Die Kollegen

Emil Stumpf, Steindrucker, Buch-No. 28 426,

Raimund Tink, Zeichner, Buch-No. 28 728,

Hans Göttinger, Atzer, Buch-No. 29 251,

werden ersucht ihre Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Gleichzeitig werden die Zahlstellen darum gebeten, eventl. den Aufenthaltsort anzugeben.

Emil Tischer, Kassierer, Breslau, Westendstraße 27.